

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 9. Mai 1925
10. Jahrgang Nummer 108

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifen 2,50 Mk. Kassenscheinpreis: Die dreispaltigen Wilmmerzeile über deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf., Kollagepreis: Die dreispaltigen Wilmmerzeile über deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Aufnahme lt. des Haupt-Expeditionsbüros: in den Haupt-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, Telefon 4719. Verlagsbüro: Breslau 544, Rebellstraße 10. Kassenschein-Expedition: Breslau 544, Rebellstraße 10. Kassenschein-Expedition: Breslau 544, Rebellstraße 10. Kassenschein-Expedition: Breslau 544, Rebellstraße 10.

Nach der Wahl: Große Koalition!

Volksparteiliche und sozialdemokratische Eingeständnisse

Breslau, 9. Mai.

Die bürgerliche Morgenpresse beschäftigt sich mit der Frage, was nach den Wahlen geschehen soll. Sie erinnert daran, daß Stresemann in Mainz und Duisburg erklärt habe, die Volkspartei lehne es ab, sich in bezug auf eine kommende Koalition zu binden. Der Reichswirtschaftsminister Curtius habe in Karlsruhe die Bildung der Großen Koalition gefordert. Die Zentrumspresse sieht in diesen Äußerungen „interessante Fingerzeige für die Umstellung innerhalb der Deutschen Volkspartei“.

Auch von sozialdemokratischer Seite wird der Ruf nach der Großen Koalition hörbar. Kein Geringerer als der Sozialdemokrat und Ministerpräsident Braun erklärte nach dem stenographischen Bericht in einer der letzten Landtags-Sitzungen:

„Wenn sich nach der Wahl die Herren von der Deutschen Volkspartei aus dem oppositionellen Schmolminkel, in den sie sich freiwillig zurückgezogen haben, wieder herausbemühen und mit uns gemeinsam arbeiten, dann, glaube ich, werden wir vielleicht noch mehr Positives zum Besten unserer vater-

lischen Vaterlande leisten können.“ (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Braun hat das ausgesprochen, worüber sich die sozialdemokratische Presse bisher vorsichtig ausschweigt, nämlich: Daß die SPD. auf eine Große Koalition hinsteuert. Der Breslauer „linke“ SPD.-Führer Dr. Eckstein aber entzog sich der Beantwortung der Frage, was nach den Wahlen geschehen werde, mit der lächerlichen Antwort, er sei noch nicht bei der Kartenslegerin gewesen... Hanswurst-Methode!

Aus obigen Bemerkungen kann jeder SPD.-Arbeiter sehen, daß die Reife der Sozialdemokratie erneut in die Arme der schwerindustriellen Deutschen Volkspartei geht.

Und wenn er darüber nachdenkt, wird er auch zu dem Schluß kommen, daß es ja ganz gleichgültig ist, ob die SPD. mit 150 statt 130 Mandaten in die Große Koalition geht, dann werden die Arbeiter genau so wie bisher ausgebeutet und unterdrückt.

Worauf es aber ankommt, das ist: Stärkung der Massenfront, Millionen kommunistischer Stimmen als lauter, revolutionärer Protest, außerparlamentarische Kämpfe gegen Kapital und Reaktion!

Genosse, höre zu:

Du bist ein guter Parteiarbeiter. In Deinem Betrieb hast Du das volle Vertrauen aller Kollegen. In Deinem Wohngebiet bist Du den Werktätigen als treuer Vertreter der Arbeiterinteressen bekannt.

Du weißt, was die Partei zum 20. Mai erstrebt. Sie will feststellen, wie groß das Heer der Arbeiter ist, das hinter ihr steht. Sie will aber auch den Wahlkampf benutzen, um die Parteiorganisation zu stärken, um Parteimitglieder und Zeitungsleser zu gewinnen.

Dazu ist notwendig, eine großzügige Massena-gitation und Propaganda in Wort, Schrift und Bild. Gerade in den kommenden letzten Tagen des Wahlkampfes muß diese aufs äußerste gesteigert werden.

Genosse, Du weißt, daß die Partei für eine solch ausgedehnte Arbeit erhebliche Summen braucht. Gewiß, alle Genossen sammeln bereits fleißig für den Wahlkampf.

Aber das genügt nicht!

Höre zu: Neben Dir steht ein parteiloser Arbeiter, der mit uns sympathisiert. Gib ihm eine Wahlfondsliste und Wahlfondsmarken, gib ihm Agitationmaterial. Sowohl im Wohngebiet wie im Betriebe schaffe Dir einen Stab von sympathisierenden Helfern und Mitarbeitern. Und strebe danach, diese dann auch zu aktiven Mitgliedern der Kommunistischen Partei zu machen.

Genosse, hilf so mit am Ausbau unserer Partei!

53 Angeklagte im Donez-Prozess

U. Kowno, 8. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind fünf Grund der nunmehr abgeschlossenen Untersuchung der Schachtel-Angelegenheit 53 Personen, darunter drei Deutsche der wirtschaftlichen Gegenrevolution und Sabotage angeklagt. Es wird ihnen ferner die Übermittlung geheimer Angaben an ausländische Stellen zur Last gelegt. Der Sitz der angeblichen Organisation habe sich in Scharlow befunden. Von dort aus sei Verbindung mit ausländischen Firmen und den ehemaligen russischen Grubenbesthern unterhalten worden.

U. Berlin, 9. Mai. Wie die Morgenblätter aus Moskau melden, bringt die russische Presse in großer Aufmachung Auszüge aus der Anklageschrift gegen die 53 deutschen und russischen wegen Wirtschaftssabotage angeklagten Ingenieure und Techniker. Danach

habe im Donezbecken in Scharlow eine Sabotagevereinigung bestanden, die mit allen Mitteln, vor allem mit dem Geld ausländischer Firmen und deren Richtlinien daran arbeitete, das Donezbecken möglichst unergiebig zu machen. Der Angeklagte Kasarinow habe während seines Deutschland-Aufenthaltes für diese Zwecke von einer Firma 8000, von einer anderen 7000 Mark erhalten. Die deutsche Firma Knapp habe in diesem Rahmen untaugliche Maschinen geliefert. Ihr Mittelsmann im Donezgebiet habe für die Annahme dieser Maschinen 2500 Rubel erhalten.

Die deutschen Angeklagten Otto und Meyer seien mit Sabotageabsichten nach Rußland gekommen und hätten auf brieflichem Wege versucht, russische Ingenieure für ihre Pläne zu gewinnen. Der andere deutsche Angeklagte Badstieber habe Bestechungsgelder vermittelt und bei der Aufstellung wertloser Maschinen mitgewirkt.

Die Reihenfolge des Stimmzettels

Berlin, 9. Mai.

Der Reichswahlausschuß tagte am 7. Mai. Die Parteibezeichnungen von 31 Vorschlägen mit den vom Reichswahlleiter endgültig festgesetzten Nummern wurden bestätigt. Die ersten zwölf lauten:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Deutschnationale Volkspartei,
3. Deutsche Zentrumspartei,
4. Deutsche Volkspartei,
5. Kommunistische Partei,
6. Deutsche Demokratische Partei,
7. Bayerische Volkspartei,
8. Linke Kommunisten,
9. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
10. Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
11. Deutsche Bauernpartei,
12. Völkisch-nationaler Block.

Im Statistischen Landesamt fand gestern ferner die Festlegung der Wahlvorschläge für die preussischen Landtagswahlen durch den Landeswahlausschuß statt. Eingegangen sind im ganzen dreißig Wahlvorschläge (im Jahre 1921: 12, 1924: 16). Die ersten zwölf Vorschläge entsprechen den Wahlvorschlägen für die Reichstagswahlen.

sprochen, wobei es sich um Ausstellung von Ausweispapieren handelte. Er sei mit dem Auftrag nach München gekommen, Material über die Tätigkeit der Rechtsverbände aus den Jahren 1923 und 1924 zu beschaffen. Dieses Material sollte im Zentrale-Prozess Verwendung finden. Die KPD. habe dadurch beweisen wollen, daß sie den Rechtsverbänden gegenüber sich in jener Zeit in Verteidigungsstellung befunden habe. Braun habe er nur einmal flüchtig in Rosa hat gesehen, als er schon verhaftet war. Mit Hartmann sei Braun unter keinen Umständen personengleich. Für Hartmann habe er auch versucht, die Geldgeber der Rechtsverbände festzustellen. Einige Namen habe er herausbekommen.

Die Verhandlung wird immer noch von einem etwa 40 Mann starken Schutzpolizeiaufgebot bewacht, obwohl sich außer den Vertretern der Presse kaum 4 oder 5 Personen im Zuschauerraum befinden.

Rein Militärbündnis Ausland-Aghanistan

Der Hochverratsprozeß Braun
Leipzig, 8. Mai. Im Hochverratsprozeß gegen Braun und Genossen begann heute die Vernehmung des Angeklagten Semmelmann. Der Angeklagte schilderte seinen Lebenslauf. Es wurden ihm die dieser ihm zur Last gelegten „Urkundenfälschungen“ be-

Moskau, 7. Mai. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion teilte mit: Die Meldungen der englischen Presse, daß das Projekt des Königs Aman Allah über eine Militärentscheidung abgelehnt worden sei, entsprechen nicht den Tatsachen. Eine solche Konvention ist weder angenommen noch abgelehnt worden, da sie gar nicht angeboten wurde.

Die Wahlen und das IV. Reichstreffen der Roten Front

Mitten in der Wahlkampagne ist der Anschlag der Bourgeoisie auf den Roten Frontkämpferbund erfolgt. Mitten in der Protestbewegung ist der Beschluß auf die Einberufung des 4. Reichstreffens des RFB. gefaßt worden: Kampfanfrage an die Keudefront, Kampfanfrage an die gesamte deutsche Bourgeoisie, die den Unterdrückungsfeldzug gegen die Rote Front mit Hilfe der reformistischen Führer seit zwei Jahren vorbereitet und nach den Wahlen ebenfalls mit ihrer Hilfe weiterführen wird.

Gewiß, das Gesamtverbot des RFB. wurde vom Staatsgerichtshof abgelehnt. Aber diese Ablehnung des Gesamtverbotes bedeutet keinesfalls einen Verzicht auf weitere Verbote, weitere Terrorakte, verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Organisation der Arbeiterschaft. Der Staatsgerichtshof droht unerbittlich mit Einzelverboten von Ortsgruppen und ganzen Gauen des RFB. Die Presse der Großbourgeoisie setzt ihre unterschämte Hege gegen die Rote Front fort. Es genügt, einige Kommentare zum Beschluß des Staatsgerichtshofes zu lesen. Die schwerindustrielle „Deutsche Arbeiterzeitung“ schreibt: „Bei der Einstellung der Roten Frontkämpfer muß man damit rechnen, daß sie die Leipziger Entscheidung als eine Art Freibrief oder „Jagdschein“ für verstärkte illegale Betätigung, für weitere Bluttaten auffassen.“ (I) Der „Lokal-Anzeiger“ führt im Zusammenhang mit dem Verbot des RFB. die Kriegshege gegen die Sowjetunion in derselben Form weiter, als vor dem Urteil des Reichsgerichtes: „Auf die Meldung hin, daß die Moskauer Regierung bei der Jahrestagung der Roten Armee ein eigenes Kommissariat für die Rote Frontkämpferbewegung in den anderen europäischen Staaten geschaffen habe (II), wurde der Rot-Frontkämpferbund in der österreichischen Republik einfach gelöst. Eine, wie man meinen sollte, selbstverständliche Maßnahme des Selbstschutzes für einen Staat.“ Hinter dieser unerschämten Hege verbirgt sich der bereits feststehende Plan der Bourgeoisie, durch eine Reihe von aufeinanderfolgenden „Einzelverboten“ der RFB.-Ortsgruppen und -Gauen einen Unterdrückungsfeldzug auch gegen die KPD. und die revolutionäre Arbeiterpresse einzuleiten.

Die Antwort der Arbeiterschaft auf die neuen Drohungen und geplanten Anschläge der Bourgeoisie kann nur lauten: **Kan erst recht Rot Front! Kan erst recht Rotes Pfingsttreffen!** Der Proteststurm gegen das Verbot war der erste Schritt. Der Plan des Gesamtverbotes ist für die nächste Zeit gefallen. Das Reichstreffen muß der zweite Schritt sein. Es muß den Beweis dafür erbringen, daß das deutsche Proletariat die Kraft hat, auch in der Zukunft die Einzel-

verbote und Gesamtverbote der Roten Front durch Massenkampfe zu verhindern.

Die Bedeutung des 4. Reichstreffens reicht aber weit über die Protestaktion gegen das Verbot hinaus. Unmittelbar nach den Wahlen stadt die Heerschau über die Kampffront des Proletariats statt. Manche Arbeiter werden fragen: Ist denn nach den Wahlen noch ein Reichstreffen nötig? Gendigt es nicht, wenn wir bei den Wahlen uns zur revolutionären Arbeiterpartei bekennen?

Ihnen sei gesagt: Gerade der Umstand, daß das Reichstreffen unmittelbar nach den Wahlen stattfindet, gestattet es zu einem Kampfaufmarsch, der die Fortsetzung und Steigerung der Wahlkampagne selbst bedeutet. Gerade der Umstand, daß der Pfingstaufmarsch in die Zeit fallen wird, in der der Koalitionsstreik zwischen der SPD. und den bürgerlichen Parteien perfekt werden soll, macht es zur Sache der gesamten Klassenbewußten Arbeiterschaft. Das 4. Reichstreffen ist der erste außerparlamentarische Kampfaufmarsch der Arbeiterschaft gegen den neuen Reichstag, in dem der alte Geist der Bourgeoisie weiterleben wird. Es ist das weltlich leuchtende Bekenntnis der Arbeiterschaft zum außerparlamentarischen revolutionären Massenkampfe gegen die offene oder durch eine Große Koalition verhängte Diktatur der imperialistischen Großbourgeoisie.

Gegen das Truflapital und seine Kriegspolitik! Das 4. Reichstreffen der Roten Front soll ein Kampfaufmarsch gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung des ersten Arbeiterstaates sein. Der Schwur der Roten Frontkämpfer lebt im Bewußtsein der breiten Massen seit dem 3. Reichstreffen weiter. Er ist einer der Beweggründe der imperialistischen Bourgeoisie zum Feldzug gegen den RFB. zu werden. Um so mehr gilt es heute, wo der neue deutsche Imperialismus eine Vorbereitung nach der anderen trifft, um an einem kommenden Krieg gegen die Sowjetunion teilzunehmen, das Kampfgelände des 3. Reichstreffens zu erneuern und noch mehr zu erweitern. So wird der Eindruck, den die Heerschau der Roten Front im vorigen Jahre auf die werktätigen Massen und auf die Bourgeoisie machte, diesmal mitten in der kriegsschwülen weltgeschichtlichen Atmosphäre, nach dem Anschlag auf den RFB. und nach dem Wahlkampf, nur übertroffen werden.

Das 4. Reichstreffen kann seine gewaltige politische Aufgabe nur erfüllen, wenn es nicht nur ein Treffen der Roten Frontkämpfer, sondern ein Kampfaufmarsch des deutschen Proletariats gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, gegen Bürgerblut und Koalitionspolitik wird. Das Reichstreffen zu einem solchen Aufmarsch der Millionenklassenfront zu gestalten, — das ist das Ziel, das in den bevorstehenden Wochen erreicht werden muß.

Gewiß, die Zeit für die Vorbereitungen ist kürzer als im Vorjahre. Gewiß, wir befinden uns mitten in der Wahlarbeit. Es wäre aber der größte Fehler, anzunehmen, daß man entweder nur Wahlarbeit machen oder sich mit der Vorbereitung des 4. Reichstreffens befassen kann. Nicht „entweder — oder“, sondern „sowohl — als auch“ ist die richtige Parole. Die beste revolutionäre Wahlarbeit ist die Verbindung und Verstärkung unserer Wahlkampagne durch die Vorbereitung des außerparlamentarischen Kampfaufmarsches der Roten Front, und die beste Vorbereitung des Reichstreffens ist eine Verbindung mit der Wahlarbeit!

In diesem Sinne gilt es schon jetzt, zum 4. Reichstreffen der Roten Front zu mobilisieren. Alle Kräfte müssen eingesetzt werden, damit das Pfingstfest zu einem Aufmarsch nicht nur der Soldaten der Roten Klassenfront, sondern der breiten werktätigen Massen werde, die bereit sind, nicht nur kommunistisch zu wählen, nicht nur mit ihren Sympathien uns zu umgeben, sondern auch den kommenden schweren Kampf gegen verhasste Ausbeutung und Unterdrückung mit uns gemeinsam zu führen. Sie sollen alle kommen, die Delegationen aus den Gichtgeschlöfen der Chemie, aus den Schächten der Kohlereviere, aus den Betrieben der Rüstungsindustrie, die Vertreter der werktätigen Landvolkes. Arbeiter und Bauern, Stadt und Land werden auch bei dem Roten Pfingsttreffen ein Kampfbündnis gegen den gemeinsamen Feind, gegen die imperialistische Bourgeoisie schließen.

Das proletarische Berlin erwartet die Soldaten der Roten Klassenfront und die Arbeitstrüder aus allen Teilen des Reichs mit freudiger Solidarität. Die Nachricht von der Einberufung des 4. Reichstreffens des RFB. hat unter den proletarischen Massen Berlins überall große Begeisterung hervorgerufen. Kameraden, Klassenengenossen im Reich! Die Berliner Arbeiterschaft erwartet euch! Rüstet unermüd-

sich zum 4. Reichstreffen am 27. und 28. Mai in Berlin! Wahlen und Reichstreffen, sie gehören zusammen, sie bilden eins. Am 20. Mai: Heraus zu Roten Wahlen! Alle Stimmen für

die Liste 5! Am 27. und 28. Mai: Heraus zum 4. Reichstreffen des RFB. zum Kampfaufmarsch der Roten Front!

Zu unseren Stahlhelmenthüllungen

Er will nichts damit zu tun haben!

Der einzige, der eine Verichtigung wagt...

Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“
Breslau 10,
Treibnitzer Straße 50

Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um Ausnahme folgender Verichtigung:

Sie haben in Nr. 105 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 5./6. Mai 1923 folgende Nachricht gebracht: „Ein Teil der Breslauer Waffner wurde zum Beispiel bei und durch Rechtsanwalt Schaefer, Breslau, Tannenbühlstraße 2, in Sicherheit gebracht.“ Diese Nachricht ist unwahr. Ich habe weder jemals Waffen in Sicherheit gebracht, noch jemals mittelbar oder unmittelbar mit Waffenspenden etwas zu tun gehabt.

Hochachtungsvoll
Schaefer,
Rechtsanwalt und Notar.

Obwohl diese Verichtigung nicht dem Pressegesetz entspricht (Sollte ein Rechtsanwalt das nicht kennen?!), bringen wir sie zum Abdruck.

Auf ihren sachlichen Inhalt werden wir noch zurückkommen. Doch schon der Text der Verichtigung zeigt, wie vorsichtig Herr Dr. Schaefer sich ausdrückt. Die Bemerkung: „... weder mittelbar oder unmittelbar etwas zu tun gehabt...“ bezieht sich nämlich nicht auf das Inhabereigentum, sondern auf — Waffenspende. Herr Dr. Schaefer, wir haben doch nicht behauptet, daß bei Ihnen schon etwas gefunden worden ist! Bitte deutlicher: Haben Sie auch mit dem Vertreten von Stahlhelmenthüllungen „weder mittelbar oder unmittelbar“ etwas zu tun? Warum so vorsichtig?

Im übrigen: Ein er wagt eine Verichtigung — die anderen schweigen!!

Das ist deutsch!!!

Auf die gesamte Angelegenheit der „Stahlhelm“-Bewaffnung kommen wir nach weiteren Mitteilungen unserer Gewährsmänner noch zurück.

Mit 14879 zu 337 Stimmen abgelehnt

11. Leipzig, 8. Mai. In den Betrieben der Leipziger Metallindustrie hat heute eine Urabstimmung stattgefunden über Annahme oder Ablehnung des im Herbst der Metallarbeiter in Berlin gefällten Schiedspruches. Für den Schiedspruch haben sich 337, gegen den Schiedspruch 14879 ausgesprochen. Ungültig waren 402 Stimmen.

Dresden, 9. Mai. (Sig. Drahtber.) Der Reichsarbeitsminister hat die Vertreter der beiden Parteien zu Nachverhandlungen über die Frage der Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche in der sächsischen Metallindustrie zum heutigen Mittwoch, vormittags 11,30 Uhr, in das Reichsarbeitsministerium eingeladen.

Die Absicht des Reichsarbeitsministers ist klar. Er will die Schiedsprüche für verbindlich erklären. Die sächsischen Metallarbeiter haben bereits in unzähligen Versammlungen beschlossen, den Streik auch im Falle der Verbindlichkeitsklärung fortzusetzen. Sie werden gegen zwei Fronten kämpfen müssen: Gegen die der Truppmagnate und die der Reformisten. Die Arbeiter in ganz Deutsch-

land müssen diesen Kampf mit allen Mitteln unterstützen und sofort Geldabführungen beschließen. (Siehe auch 2. Seite der Zeitschrift)

Arbeitswiederaufnahme in der Steinindustrie

Breslau, 9. Mai. Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, ist die Arbeit in den Strehlener Steinbrüchen heute wieder aufgenommen worden. Ueber die Lage in den anderen sächsischen Steinbrüchen konnten wir noch nichts erfahren. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch dort gearbeitet wird, da vorgestern Verhandlungen in Breslau für die gesamte sächsische Steinindustrie stattgefunden haben. Morgen folgt ausführlicher Bericht.

Verstärkung des japanisch-südchinesischen Konflikts

Nach Meldungen aus Tokio hat der japanische Generalkonsul am Montag mit Zustimmung der Regierung die Entsendung von weiteren 15 000 Mann nach Schantung angeordnet.

Nach anderen Meldungen haben die Japaner Wu Hsu geräumt, während die Südtropen den Vormarsch nach Tschschau wieder aufgenommen haben.

Das Außenministerium der Hanlinger Regierung gibt bekannt, daß es den Völkerbund um die Durchführung folgender Maßnahmen ersucht habe:

Entfernung der japanischen Truppen aus China, Einsetzung einer besonderen Kommission zur Untersuchung der Zusammenstöße zwischen Südtropen und Japanern, Entschädigung der chinesischen Geschädigten. Heute ist ein Telegramm an das Völkerbundsekretariat über die sofortige Untersuchung der Angelegenheit gesandt worden.

Vom Tage

Die für den Monatsdurchschnitt April berechnete Großhandels-Richtzahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Vormonat von 133,5 auf 139,5 oder um 0,7 vom Hundert gestiegen.

Unter Leitung des Staatspräsidenten fand eine Sitzung des polnischen Kabinetts statt, die sich mit der Frage der Regierungsumbildung beschäftigte. Es vertrat, daß der frühere polnische General Sosnowski als Stellvertreter, später als Nachfolger des erkrankten Pilsudski ausersuchen sein soll.

Zur Prozeß gegen Gatyany in Budapest hob die königliche Tafel gestern das erstinstanzliche Urteil auf und verurteilte den Angeklagten wegen Schmähung der ungarischen Nation zu vier Jahren Gefängnis, 250 000 Pengö Geldstrafe und zehn Jahren Amtsverlust.

Die englische Regierung hat den Prinzen Carol von Rumänien aufgefordert, England innerhalb einer Frist von vier oder fünf Tagen zu verlassen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Tschitschew in gestern Peter eine zweite russische Note überreicht, in der es heißt, daß die Gesellschaft in Warchau kündigt unter der Gefahr terroristischer Akte stehe und die polnische Regierung keinerlei Maßnahmen zum Schutze der Gesandtschaft treffe.

PASSAGIERE

DER III. KLASSE Roman von Kurt Kläber

17 Als kurz hintereinander noch drei andere Rentnerfamilien verarmten, kam mein Bruder zu einem Entschluß. Er ist, nebenbei gesagt, ein feuriger Patriot! Herr, sagte er zu mir, ich habe in den letzten vier Wochen folgendes anstaltlich. Es geht abwärts mit England. Man kann nicht ewig von den Erzeugnissen seiner Vorkahren leben. Wir arbeiten zu wenig. Das sehe nicht nur ich ein, sondern hundert andere auch. Was willst du tun? Du kommst auf deinem Platz sitzen bleiben, stillkonservativ, wie du bis heute warst, und sagen, wenn dich England mit seinen Regern und Jandern nicht mehr ernähren kann, dann laß es zugrunde gehen. Du laßst aber dorthin gehen, wo man heute in England noch arbeitet, wo man nicht am Konservatismus zugrunde gehen will und einen neuen Versuch „England“ probiert, zu den Arbeitern!

Ich, riefte der Lange langsamer und versuchte, ein dummes Gesicht zu machen. „Habe mich zuerst geschüttelt wie ein Hund, dem man zu kaltes Wasser über den Rücken gegossen hat.“ Mein Bruder war aber schon nach drei Tagen in einer Automobilfabrik und nach sechs Wochen mit einem schanderhaft münchlichen Seiten von einer Gewerkschaftsekretärin verheiratet. Meine Schwester machte es ihm nach acht Tagen nach. Kurz nach schlummer. Sie spulte ein Vierteljahr in einer Secherei und warf sich dann an einen Keil, der dort die Stühle reparierte!

„Siehst du,“ sagte er, holte tief Luft und zeigte auf den Krampfen, „damit du glückst, daß sie sich verknüpft hat, da drüben steht er und schüchelt mit dem Reißbrett. In seiner Ehre muß gesagt werden, daß er früher etwas besser ausah. Drehende Kohle hat ihm das Gesicht so verhungert, und in ihrer Nähe wird er auch manischer.“ Aber sonst ist er verflochten in jeden Weiberrad und läuft wie ein alter Hase. Dazu fähig und verflochten, macht Krampf und muß in allen Dingen recht befehlen!

Erwidern er aus der Epizonele hinausgeworfen wurde, hat er ungeschicklich wadd in Kohle. Rich hat er, nachdem ich zuletzt von einem Oafel aus dem Hause gestrichelt wurde, aus lauter Enttäuftheit

aufgelesen und mitgenommen. Jetzt“, der Lange lächelte wieder, „arbeiten wir in derselben Firma. Das heißt, er haßt die Kohlen, und ich schauke sie ein. Zu mehr bin ich noch immer zu dumm!“

„Belohnt dir diese Arbeit?“, fragte der Amerikaner und betrachtete den Lange eine Weile.

Der Engländer wurde ernst. „Wie soll mir die Arbeit bekommen“, wiederholte er. „Wie sie jedem bekommt, der ihr ein halbes Leben aus dem Sege gegangen ist, — schlecht! Aber ich habe da unten in den schwarzen Löchern manches gelernt.“

„Ja“, sagte er leiser, „daß wir Parasiten doch das schlechteste und gemeinste Vieh sind, das auf der Erde wächst. Neben mir schund ich einer, der hatte einen heißen Fuß verloren, war taub, und ein Auge war ihm eingeschlagen worden, aber er schaute für seine drei Kinder, bis ihn der Berg ganz erdrückte. Zwei Frauen schaukelten oben Kohle, davon hatte die erste zwei Kinder, und sie waren alle beide von dem Inspektor, aber der Keil ließ sie weiter schaukeln. Die andere hatte gar vier von den schmutzigen Würmern, und ihr Mann lag mit zerdrücktem Rückgrat im Bett und mußte gepöppelt werden wie ein Säugling. Sie greinten aber nicht oder schimpften, ja, wenn wir sie abends auf den Dintern schlügen, lachten sie noch und machten Epöge. Und wir Paß saßen, tanzen, haren, trinken und beten auf dieser Armat herum, lassen uns von ihr ernähren und drücken sie noch tiefer in Elend und Dred.“

Der Engländer machte eine Pause und verschloß sein Gesicht, als hätte er zuviel gesagt. Der Amerikaner ließ ihn aber nicht los. „Nanu“, sagte er spöttlich, „ist das alles, was du in den Kohlenlöchern gelernt hast? Das ist eine alte Weisheit, und aus der haben schon deine Väter ihren Nutzen gezogen.“

Der Engländer wollte heftig erwidern, aber er behielt seine Antwort noch ein wenig zurück den Jähren. Langsam sprach er: „Ja, das ist alles. Sicher, es ist auch nichts, und die Welt besteht schon einige hundert Jahre so. Aber es gab Zeiten, da hatte das alles eine gewisse Berechtigung. Mein Großvater hatte vier Schiffe und fuhr jedes Jahr zweimal nach dem Kap und nach Indien, um sein Vermögen zu vermehren. Er hatte auch in England keine Arbeiter, wenigstens waren seine Lagerhäuser keine, und wenn die Schiffe ausgediehen wurden, haß er selber mit. Warum wurde er reich? Nun, er war groß, stark, hatte Energie und Mut. Es war ein Red! Und keiner neidete ihm darum seine Erfolge und daß er langsam zur Herrscherkaste stieg. Jetzt“, er schloß einen Augenblick, fuhr sich mit seine länglichen Händen über das Gesicht und schloß.

„Jetzt?“ fragte auch der Amerikaner

„Was sind wir dagegen“, sprach er noch langsamer. „Was ist die heutige Herrschertaste? Ausgedörrtes, fauliges Gefindel, das von der Dummheit der anderen lebt! Tagebebe, Epöhuben, Trottel! Ja, Trottel!“ rief er lauter, „trotz allem Dingelbangel, den sie sich umgehängt haben. Trottel, wie ich selber einmal einer war!“

Der Amerikaner lächelte. „Glaubst du es etwa nicht?“ fragte der Engländer, der außer Atem gekommen war. „Ich könnte dir hundert Nächte von unseren Vergnügungen im Klub erzählen, von unseren Nachtmälern und Tänzen mit den Mädchen von der „Charlotten Street“. Wir trieben es toller als die Hunde, und jedes Mädchen wurde noch rot, wenn wir unsere Epöge mit ihm machten!“

Der Amerikaner machte schon ein ernstes Gesicht. „Und war es bei den Arbeitern besser?“ fragte er.

„Menschlicher“, fiel der Lange ein, „und heroischer. Ich habe wenigstens noch nirgends so viel Größe und Lebensmut gesehen wie bei ihnen. Wenn es ihnen am schlechtesten ging, brachten sie die meiste Hoffnung auf. Wenn sie sich schon vor Hunger und Elend auf der Erde wälzten, war der Glaube an eine bessere Zeit am stärksten. Und“, sprach er nach kurzem Nachdenken weiter, „das Selbstvertrauen war, daß sie bei all ihrem Denken, auch bei den Revolutionen, nicht aus schließlich an sich dachten. Sie sprachen nur immer von dem Menschen, der es einmal besser haben sollte, vielleicht von ihren Kindern, die das neue Zeitalter noch erleben würden, aber sich betrachteten sie immer nur als die Hochgequälten, als die Hochgepeinigten, als die, auf denen die ganze Verantwortung für die kommende Zeit liegt. Mit mir arbeitete ein Helmer Schlepper zusammen. Es war ein hageres Männlein, irgendwo aus einem uralten Nest in Böhmen, der sagte immer pathetisch: „Wir sind die Garbe, die die Zukunft erobert muß. Vielleicht fallen wir alle. Aber was macht das? Das Blut der Geopferter bringt nur Segen.“ Ich habe über ihn gelächelt, bis ich ihn nach einem Streik in Pittsburg im Krankenhause besuchen mußte. Der Leib war ihm ausgetrieben worden, und es gab keine Hoffnung mehr. Flennst du, Genosse? sagte er zu mir, als er mein Wasser sah, du lästest mir einen Gefallen, wenn du untrüger wärest. Was soll das Heulen auch? Mit jedem Toten kommen wir unseren Zielen näher!“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Kurt Dombrowski, für „Vertrieb und Vertrieb“: „Baldernberg“ Wilhelm Wenzel, für „Breslau“: „Schick“ und die übrigen Redaktionen: Alfred Dombrowski, in Breslau. — Für die photographischen Teil: Kurt Dombrowski, in Breslau. — Für die photographischen Teil: Kurt Dombrowski, in Breslau. — Für die photographischen Teil: Kurt Dombrowski, in Breslau.

E Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte u. Beamte von Mittel- u. Niederschlesien

Niesky-Oedernitz

J. H. Schütz

Kolonialwaren, Zigarren, Weine
87398

Schuhwaren all. Art. Rau & Priesel. Ober-
thor Str. 1. Eigene Reparaturwerkstatt
87398

Uhren, Goldwaren, Brillen
Kurt Neubauer, Obdörfer Straße 9
87397

W. Menzel / Geogr. 1810
Einkaufshaus aller Bedarfsartikel
Mühlauer Str. 6
80401

Lederhandlung
Paul Wagner, Forststr. 8
80890

Gustav Jähne, Mühlauer Str. 10
Fleisch- und Wurstwaren
80409

Gasthaus „Deutscher Hof“
Jeden Sonntag: T a n z
Saal an Vereine zu vergeben
80498

Wilhelm Heller, Herrenstraße
Waldstraße, Parade 10
80403

Drugo Geisler
Nähmaschinen, Nähmaschinen,
Reparaturwerkstatt
80404

Wüsteglersdorf

**Spezialgeschäft
für Qualitätschuhe**
E. SCHOLZ ERBEN
Wüsteglersdorf 60
80406

Hermann Scholz, neb. Gasth. „Hoffnung“
Uhren u. Goldwaren, eig. Rep.-Werkst.
80498

Willy Pirlem
Kolonial- und Eisenwaren
Mitglied des Stadtrats-Sparvereins
80498

HEINRICH OLBRICH
Schuh- und Bekleidungshaus
80423

Carl Schöner, Dorfstraße 127
empfiehlt Konfektion u. Schuhwaren
zu billigsten Preisen
80481

Kolonialwaren und Lebensmittel
Georg Fischer
80434

Kolonial- u. Gemischtwaren
Spiel- u. Kurzwaren
Adolf Blümel
80428

Ober-Wüsteglersdorf

Ernst Teichmann
Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haus-
u. Küchenwäsche, Trikotasen
80437

Heinrich Hippe, Nr. 136
Brot, Weiß- und Feinbäckerei
80438

Hermann Kahler
Seinen- und Baumwollwaren
Kolonialwaren
80489

Adolf Stache, Kolonialwaren
Weine, Spirituosen, Tabake
80488

Gottesberg

Ernst Teichmann
Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haus-
u. Küchenwäsche, Trikotasen
80437

Heinrich Hippe, Nr. 136
Brot, Weiß- und Feinbäckerei
80438

Hermann Kahler
Seinen- und Baumwollwaren
Kolonialwaren
80489

Adolf Stache, Kolonialwaren
Weine, Spirituosen, Tabake
80488

Gottesberg

Ernst Teichmann
Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haus-
u. Küchenwäsche, Trikotasen
80437

Heinrich Hippe, Nr. 136
Brot, Weiß- und Feinbäckerei
80438

Hermann Kahler
Seinen- und Baumwollwaren
Kolonialwaren
80489

Adolf Stache, Kolonialwaren
Weine, Spirituosen, Tabake
80488

Görlitz

**3 wichtige Punkte • • • Riesen-Auswahl,
Vertrauens-Qualitäten u. die billigen Preise**
erleichtern Ihren Einkauf im
Kaufhaus zum Strauss Lindemann & Co. A.-G.
Görlitz 81001

Arbeits-Bekleidung u. Wäsche
Paul Lange, Elisabethstr. 19
81041

Fahrräder - Nähmaschinen
Sprechmaschinen
Friedrich Wende - Neißestraße 2
81048

Lebensmittel
E. Kleiner, Prager St. 6
64, in blauen Marken
81045

Paul Baier
Baugener Straße Nr. 4/7
Möbel, Polsterwaren
und sämtliche
Arbeiterbekleidung
81044

Schuhwaren / Stiefel
für jeden Beruf
Reparaturen
(eigene Werkstatt)
Franz Kuhnert, Brüderstr. 10
81040

Bruno Fünfstück
Lederwaren
aller Art
Landeskronstr. 49 u.
Kannertwitzer Str. 17
81047

Aug. Marschner Nachf.
Inh. Dessau & Schulz
Bautzener Straße Nr. 1
Ecke Teichstraße
Kolonial-Waren
u. Kaffeebörserel
81046

Fischhalle
Inh. Carl Schmücker, Kannewitzer St. 22
Täglich frische Seefische
81038

Fritz Lange's Roß-Fleischerel und
Frühstücksstube
Nonnenstraße 5
81064

Schuhwaren gute Qualitäten zu billigen
Preisen, Reparaturen gut und preiswert
Ernst Müller, Bismarckstraße Nr. 30
81088

Künstlich weiß jede Hausfrau
Butter, Eier, Käse, Margarine, Schmalz und
andere Lebensmittel kauft man am besten bei
Herm. Berndt Mittelstr. 6
Lelpziger Straße 18
Konsulstr. 39
81049

Möbel, reell u. billig
Gelegenheitskäufe
Ernst Schlot, Fischmarkt 4
81002

Landeshut

Dr. Kurt Pilschke
Waldenburger Straße 9
87726

Sie kaufen
gut
bei
M. OSIER
Die Auswahl
ist
riesengroß
80718

Zigarren, Zigaretten, Tabake
größte Auswahl
Wilhelm Koschwitz, Friedrichstr. 11
80748

Drogen- und Photo-Haus
Hermann Hollstein, Markt 5
80787

Carl Stocker, Damenkonfektion
Wallstraße 24, 1. Etage, kein Laden
80728

Franz Gaffke, Eisenwarendl., Markt 18
Küchengeräte, Öfen, Eisenmöbel
Pumpen :: Bauartikel :: Werkzeuge
80738

Kranzbinderel u. Dekoration
Frieda Jelenik, Wallstraße 24
80728

Erhard Alfred Krebs, Kornstraße 1
Kolonialwaren
80728

Herm. Jäkel - Bahnhofstr. 9
Kolonialwaren, Obst und Gemüse, Zigarren,
Zigaretten, Pilschkebiers.
80728

Zigarren - Zigaretten
Eugen Leyser, Kornstraße 6
80728

Alois Hampel, Waldenburger Straße
Inh. Ignatz Bender empfiehlt
Sämtl. Kolonial- und Tabakwaren
zu billigsten Preisen
80734

Adolf Aronade :: Bahnhofstraße 3
Kolonialwaren, Schokolade, Zigarren
80727

Karl Zobel, Kohlenhandlung
Trautmannstr. 23
80728

Roßschlächtere Gustav Franz
Brauhausstr. 12 / Fleisch-, Wurstwaren
80711

Carl Thulmann, Wallstraße 38-39
Billigste Bezugsquelle f. Lebensmittel
80728

Molkereiprodukte und Kolonialwaren
Martin Lorenz, Moltkestraße 18
87721

Fritz Reyer, Kaffeebörserel, Bismarckstr.
Kolonialwaren - Feinkost
80728

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Joh. Geisler :: Schließhausstraße 19
80729

Siegfried Barasch, Kirchstr.
Damen- und Herren-Konfektion
Schuhe, Hüte, Mützen u. Schnittwaren
80719

Cafe und Spalozokal / Mittagstisch gut u. billig
St. Kaschynski, Markt 2, 5
8738

H. Rosenstein
Brantweine - Liköre - Zigarren
Wilhelmstraße 4
80728

Freiburg

Carl Müller, Neumarkt II, Bahnhofstr. 18
Kaffeebörserel mit elektrischem Betrieb
Lebensmittel, Spirituosen, Weine und Cigarren
80828

Brot-, Weiß- und Fein-Bäckerei
Carl Kalms / Pölsnitz 58
80742

Fahrräder, Nähmaschinen
Sprechapparate
W. Hoffmann, Landeshutstr. 49
80808

Kolonialwaren, Obst und Gemüse
Fritz May, Striegauer Straße 20
80808

Erich Dresel
Manufakturwaren und Konfektion
Spezialität:
Damenkleider und Mäntel
Große Auswahl! Billigste Preise!
80818

Paul Kupke Nachf., Landeshuter Str. 35
Lebensmittel, Tabakwaren, Spirituosen
80718

fleischereiu. Wurstfabrik
Gustav Kothe, Burgstr. 4
80824

Emil Schrabek :: Mühlstraße 11
Alleinverk. der weitberühm. Mercedeschabe
Hüte :: Mützen :: Stöcke
Billigste Preise Reelle Bedienung
80727

Ernst Steiner, Burgstraße 8
Schuhwaren l. bek. Güte zu billigsten
Preisen :: Maß- u. Reparaturwerkst.
80828

Alois Goldmann, Sandstr. 18
Weiß-, Woll- und Kurzwaren
Böhm. Weißfedern
80828

Kolonialwaren E. SEIDEL
Sandstraße 2
80821

Blumenau
Fahrräder :: Ersatzteile
Nähmaschinen
ARTHUR LAMPEL
80718

Nieder-Hermsdorf
Ida Zwiener, Hauptstraße 29
Reste - Partiewaren - Bettfedern
Kein Laden!
80808

Hirschberg
A. Strokosch :: Markt
Hüte, Mützen
80828

Brot-, Weiß- und Fein-Bäckerei
Ernestine Sindermann, Blumenau 43
8448

Ulrich's Schuh-Lederhaus
Herrenbekleidung und Tabake
Gottesberger Straße 18
80827

Gustav Ockel, Schulstraße 1
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
80808

Gotthard Gillert
Kolonialwaren :: Weine :: Spirituosen
Tabake
80441

Hermsdorfer Tanz-Diele
Gasthof „Zur Vorwärts-Hütte“
Jed. Sonnt. Dielenbetrieb, Anf. 6 Uhr
80808

Schneider & Lindner, Schuhwarenhaus
Hellerstr. 23: Mech. Reparaturwerkst.
81008

Wäsche und Trikotasen
MAX KARSCHNER
Blumenau 6
80416

Marklissa a. Qu.
Erich Schnabel, Markt 101
Drogen :: Farben :: Kolonialwaren
Telefon 67
80408

Hermsdorf Kynast
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Richard Drescher
Frühstücksstube
Warmbrunner Str. 53
80807

Langenöls
B. Günther, Gr. Bekleidungshaus am Platz
Bekleidungs- u. Arbeitsbekleidung usw.
Anzüge, Mäntel und feinste Schuhwaren
80118

Paul Engler, Schwertauer Straße 111
Fleisch- und Wurstwaren
80808

Gasthaus z. Kynast, Warmbrunner Str. 62
Betreiberhotel bei Arbeiterbesuch
80807

Bruno Dressler
Brot- und Weiss-Bäckerei
80118

Rich. Hoffmann, Schwertauer Str. 107
Fleisch- und Wurstwaren
80407

Brot- u. Fein-Bäckerei
Franz Zinnecker
Mühlenweg 14
80827

ERHARD BUHL :: Dorfstrasse 112
Fleisch- und Wurstwaren
80411

Frühstücksstube Otto Gottschall
täglich v. 9 Uhr ab warme Wurst und
Würstchen - Markt 28
80808

Paul Ellger
Fleisch- und Wurstwaren
80828

Paul Ellger
Fleisch- und Wurstwaren
80828

Butter, Margarine, Käse u. Eier
kauft man stets frisch und preiswert
Milchbutter-Margarine-Zentrale
Mittelstr. 8 W. Pautke Tel. 1134
en gros im Hofe en detail
81040

Spezial-Betten-Geschäft
M. LORENZ
Jahobstraße 21 part.
Bettfedern, fertige Betten und Inletts
Neue elektr. Dampf-Bettfed.-Reinigungs
81043

Petersdorf I.R.
Hermann Richter, Kolonialwaren-Geschäft
Weine, Spirituosen, Küchengeräte
80408

Alfred Leisching
Drogen, Farben, Bade, Pinsel
80418

Martha Schäfer, Petersdorf 88
Weiß-, Wollwaren u. Kinderkonfektion
81009

Otto Heldrich, Bäckermstr., Petersdorf 226
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
81079

Mag. Bausch, Petersdorf 228
Schuhwaren und Reparaturwerkstatt
81071

Carl Meier, Petersdorf 210
Lebensmittel und Kolonialwaren
81008

Greiffenberg

Kaufhaus J. Gutmann
Richtstr. 3, Damen-Konfektion, Kleider-
stoffe, Weiß- und Wollwaren
80120

Willy Körner, Richtstraße 13
Fleisch- und Wurstwaren
80120

Walter Krummer, Richtstraße 12
Brot, Weiß- und Feinbäckerei
80121

Wilhelm Baum, Leubener Str. 7
Fleisch- und Wurstwaren
80122

Paul Schöner, Greiffenberg 11
Kolonialwaren, Leber, Zigarren
80123

Rosa Scholz, W. W. W. Markt 16
Seiden- u. Baumwollwaren, Leibstangen
80124

Paul Frank, Greiffenberg 16
Kleiderstoffe, Hüte, Mützen
80125

Paul Schöner, Greiffenberg 11
Kolonialwaren, Leber, Zigarren
80123

H. Herrmann, Leubener Str. 11, Manu-
fakturen, Wäsche, Hüte, Kleider, etc.
80126

Paul Scholz, Markt 16
Corsetkonfektion, Brautkonfektion
80127

Dittersbach
Richard Simon
Dauptstraße 208
Fleisch- und Wurstwaren
80208

Oscar Wiehl, Hauptstr. 71
Seiden- u. Knab.-Konfektion sowie sämtl.
Corsetartikel, Blusen, etc., Brautkonf.
80208

Joh. Krieger, Eisenhandl., Haus- u. Küch-
geräte, Gefäßartikel, Sol. Stahlwaren
80484

Schuhwarenhaus H. Fröhlich, Maß- u.
Reparatur-Werkstatt, Dauptstraße 205
80208

Hodwald-Drogerie
Dauptstraße 67 u. 129
80208

Wolff Rohdewitz, Bekleidung
empfiehlt
Spirituosen, Zigarren und Tabake
80208

Schuhhaus Feinzel, Dittersbach
Dauptstraße 33 - Zweiggeschäft:
Waldenburg, Hermann-Str. 6
80208

Max Müller /
Sehr vorteilhafte
reelle Bezugsquelle
für Herren- u. Damenwäsche, Kurz-, Weiß-
u. Woll-, Dauptstr. 95, Nähe Seitelstraße
80207

Sandberg
Gute Schuhwaren kaufen Sie bei
Paul Kalke, Sandberg
80120

Franz Meisk's Erben :: Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten, Tabake
80120

Hubert Behler, Waldenburger Str. 9
Vorkost- und Kolonialwaren
80121

Hergt, der Mann der „goldenen Mitte“

Massenflucht deutschnationaler Wähler — Der Spitzenkandidat im leeren Saal

Am Montag prangten an allen Aufschlagkäulen in Hirschberg Bilderbogenplakate der Deutschnationalen Volkspartei, in denen die Arbeiter in bodenlos niederrücklicher Weise in Bild und Schrift verhöhnt und beschimpft wurden. Besonders über die Gewerkschaften, die weltliche Schule usw. wurden Schimpflieder gegossen. Ein Bild zeigte einen etwa 13-jährigen barfüßigen Jungen von verwehrtem Aussehen mit der Zigarette im Mund und einem Buch mit dem Titel: „Das Recht auf freie Liebe.“ Darunter als Text: „Wenn Du verhindern willst, daß Dein Junge auch so ein frecher Sämel werden soll, dann wähle Deutschnational.“ Diese schmutzige Propaganda der Nationalen war der Auftakt für eine geplante „Riesensammlung“ in der Stadthalle, in der als Redner der frühere kaiserliche Minister und jetzige Reichsjustizminister Hergt angekündigt war. Herr Hergt, der Spitzenkandidat von Hirschberg, fand zu seinem Entsetzen nur ein kleines Häuflein Getreuer vor. Als die Versammlung eine halbe Stunde nach Beginn eröffnet wurde, war der Saal noch nicht einmal zur Hälfte gefüllt. Mit einer bezeichnenden Geste, den Daumen im Armeeloch der Weste, die Finger gespreizt, jeder Hohl ein Vorfänger und typischer Vertreter des durch die Regierung vertretenen Trugschlusses, quasselte er 1½ Stunden lang das leichteste Zeug zusammen. Erst über Splinterparteien, über die Not des Mittelstandes, dann ein paar flüchtige Bemerkungen über die Außenpolitik, schließlich eine leidend-lahme Verteidigung des deutschnationalen Aufwertungsbeitrages, die stürmischen Widerspruch und Zwischenrufe auslöste und zum Schluß ein paar Worte über die preussische Regierung, „Maibowen-Rede“ des preussischen Innenministers und wieder einmal ein paar abgedroschene Phrasen über Volkseinkauf, die angeblich in der Deutschnationalen Volkspartei verankert sein soll. Kein Wort über die zukünftige Politik der Volkspartei, kein Programm: Inhaltlich und rhetorisch, hoch und dürrig. Jeder selbstvertretende Hilfspartei-Funktionär der Deutschnationalen Volkspartei in einer kleinen Provinzstadt hätte es auch nicht schlechter machen können wie dieser Minister, der die Bürgerblutregierung ziert. Charakteristisch für die Verklumpung und vollkommene Grundlosigkeit dieser Partei war die Art, wie Hergt allen grundsätzlichen Fragen aus dem Wege ging. Weder wagte er ein Bekenntnis zur Monarchie abzulegen, noch wußte er etwas Bestimmtes über die Außenpolitik zu sagen. Wie ein kleiner Gemüschändler, dessen Kundenschaft sich aus allen Partisanen zusammensetzt, betonte Hergt immer wieder, daß seine Partei die der „goldenen Mitte“ sei. Am Schluß seiner „Rede“ rührte sich keine Hand zum Beifall.

In der Diskussion kam die Enttäuschung der kleinstädtischen Wähler über die Politik dieser Betrügerpartei klar zum Ausdruck. Deutschnationaler, Aufwärtler, Volkrechtler, Deutschnationaler Sozialer marschierten auf und erhoben heftige Anklagen gegen die Deutschnationalen Volkspartei, der sie die Zustimmung zum Dabes-Gesetz und zum Aufwertungsgezet vorwarfen. Genosse Dombrowski, Breslau, der zufällig in Hirschberg anwesend war, kennzeichnete die Rede des Reichsjustizministers als den Versuch, mit dem Parteiprogramm in der Tasche die Wähler über den monarchistischen, reaktionären, kapitalistischen Charakter der Deutschnationalen Volkspartei zu täuschen. Besonders behandelte er das Einschwenken der Deutschnationalen in die Locarno- und Stresemann-Front. Als er dann dazu übergehen wollte, die Innenpolitik dieser Volkspartei betrugsweise zu kennzeichnen, entzog ihm der mit allen Wassern gewaschene Vorsitzende das Wort mit der Begründung, daß die 10 Minuten Redezeit abgelaufen sei. Tatsächlich hatte jedoch der Genosse Dombrowski kaum 5 Minuten gesprochen. Von dem wüßten aber einige Dutzend deutschnationaler Claqueure unterbrochen, schloß Genosse Dombrowski seine Ausführungen mit der Aufforderung, der Partei der Ausbeutung des arbeitenden Volkes am 20. Mai eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Im Schlußwort brachte Hergt den Rat, daß sein Hündchen Geiz notwendig ist, um deutschnationaler Reichsjustizminister zu sein. Mit Clowndances und

antifemilischen Wägen ging er der Beantwortung der in der Diskussion gestellten Fragen feige aus dem Wege und ergöhte sich in selbstzufriedener Eitelkeit an den eigenen Flachheiten.

Die erwähnten Bilderbogenplakate, mit der die Hergtversammlung in Hirschberg eingeleitet wurde, hatten unter der dortigen Arbeiterschaft ungeheure Empörung ausgelöst. Trotzdem fanden die in der Hergtversammlung anwesenden sozialdemokratischen Führer, der bekannte „Vollblut“-Redakteur Auer sowie der Konsumgeschäftsführer, nicht den Mut, sich an der Aussprache zu beteiligen. Sie überließen es den Kommunisten, durch derbe Zwischenrufe die Provokationen der Arbeiterschaft in dem Moment festzunageln, als der deutschnationalen Vorsitzende die eiserne Stirn besaß, von den „antifemilischen Kampfmethoden“ seiner Partei zu sprechen. Im übrigen hat auch die Hergtversammlung einmal sehr deutlich gezeigt: die Massenflucht der deutschnationalen Wähler ist unauffassend.

„Die Sozialisten hatten keine Wahlparole gegen die Bourgeoisie“

Der „Klassenkampf“ über die französischen Wahlen. Linke und rechte Sozialdemokraten überließen sich in Angriffen auf die französischen Kommunisten, die der „Reaktion“ zum Siege verholfen hätten. Es lohnt sich, an das Urteil der Linken in Deutschland zu erinnern, das ihre Zeitschrift „Der Klassenkampf“ zum ersten Wahlgang zum Ausdruck brachte. Er schrieb: „Der wahre Grund für den Ausgang des Wahlgangs liegt nicht in äußeren Umständen: Sagen wir es offen: er liegt in der Zweideutigkeit der von der Sozialistischen Partei betriebenen Politik.“

Tatsächlich hatten die Sozialisten keine Wahlparole gegen die Bourgeoisie (!). Dagegen mußten sie sich gegen die Kommunisten wehren. So gerieten sie ohne ihren Willen (!) bei nahe (!!!) in die bürgerliche Einheitsfront. . . . Vielleicht werden auch die Sozialisten noch ihre alte Mandatsziffer erreichen. Aber da es für den Sozialismus nicht auf Mandate, sondern auf Anhänger ankommt, muß man zugeben, daß er einen Rückschlag erlitten hat. Man wird in der neuen Kammer sehen, was unsere Genossen daraus gelernt haben. Jedoch der Rückschlag der Zweideutigkeit ist nicht nur für die französische Sektion der Internationale lehrreich. . . .

Mittlerweile ist aus der „Zweideutigkeit“ eine volle Eindeutigkeit geworden. Die Sozialisten zeigen, was sie gelernt haben: sie haben erst der Reaktion zum Siege verholfen, um ihren Ausbruch zu gebrauchen, und — jetzt orientieren sie sich auf die Koalition mit Poincaré! Dafür aber schimpft die SPD-Presse, was das Zeug hält, gegen die „Verbündeten von Poincaré“, die Kommunisten.

Juchthausstrafen im Lemberger Ukrainer-Prozess. — Lemberg, 7. Mai. Der dem hiesigen Schwurgericht wurde der Prozess gegen die 15 ukrainischen Symonisten zu Ende geführt. Die beiden Hauptangeklagten erhielten je zehn Monate Juchthaus, die vier weiteren je fünf bis sechs Monate Juchthaus, die übrigen wurden freigesprochen. Die Verteidigung hat Berufung eingelegt.

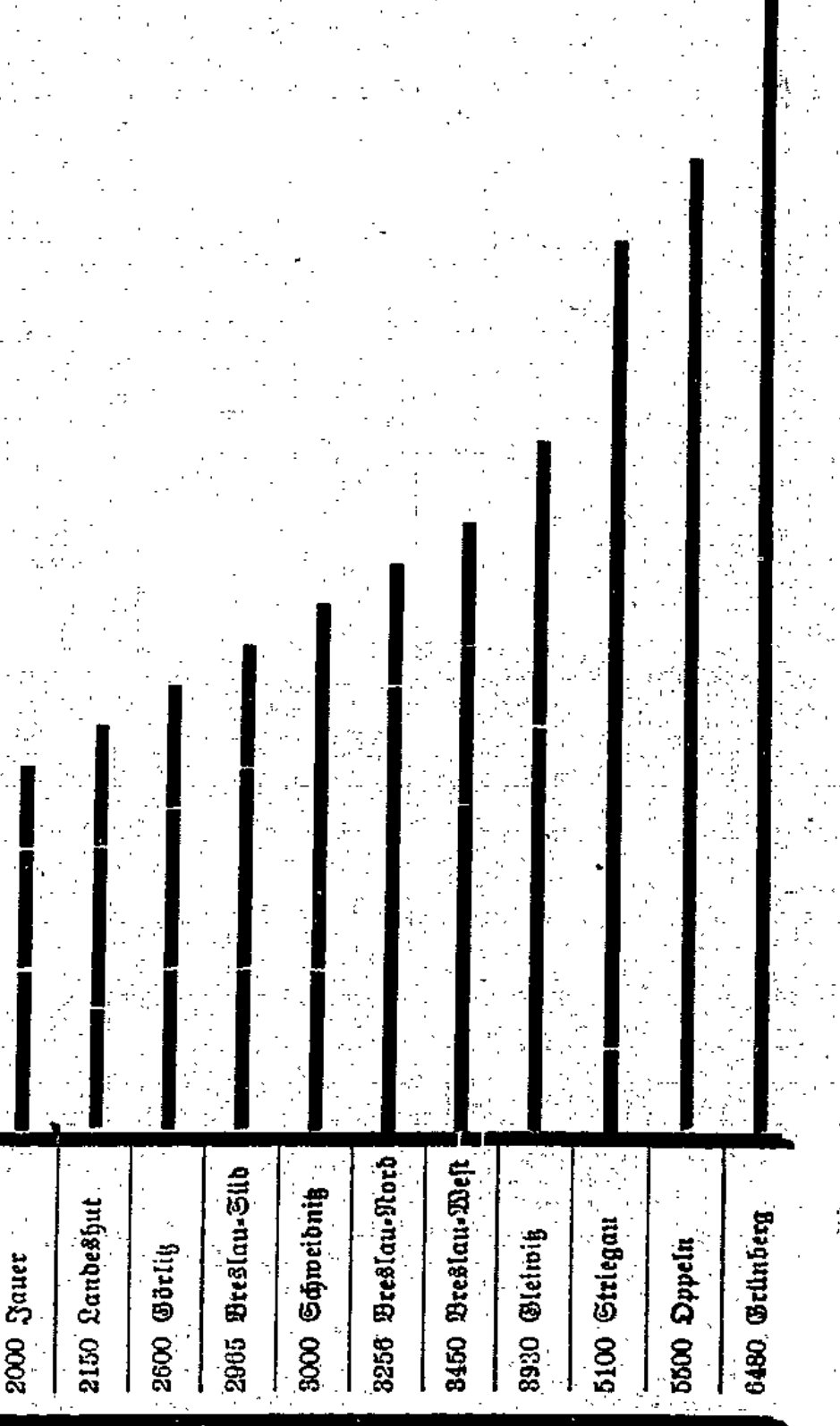
Schweres Hochosenunglück bei Lüttich. — L. Brüssel, 7. Mai. Auf dem Hochosenwerk Coderill bei Lüttich ereignete sich ein schweres Gießerer-Unglück. Ein Arbeiter wurde getötet, sechs schwer und mehrere leicht verletzt.

Die Festnahme des „Lufatate“-Fabrikanten Hiller angeordnet. —

L. Berlin, 7. Mai. Wie die „Tägl. Rundschau“ aus Hannover meldet, hat der Untersuchungsrichter in dem Voruntersuchungsverfahren gegen den Lufatate-Fabrikanten Hiller dessen Festnahme angeordnet. Der Aufenthalt Hillers ist der Polizei zurzeit unbekannt.

An der Spitze?

Nur noch zwei Wahlnummern! Die an der Spitze stehenden Orte müssen und können die Zahl 10 000 erreichen. Der Sonnabend am 12. Mai muß und wird ein Rekordtag werden! Beheißt sofort!



Heut Mittwoch, den 9. Mai 1928
5 und 8 Uhr
2 Großfilme
„Feme“
Opfer der Mordatmosphäre der Nachkriegszeit
„Rivalen“
Der größte amerikanische Anti-Kriegsfilm
in den
Gewerkschaftshaus-Lichtspielen
Für Jugend verboten!
Erwerbslose, Streikende u. Invaliden mit Ausweis bis 5 Uhr 25 Pfg. Andere Besucher mit Ausweis 50 Pfg. :: Ohne Ausweis 70 Pfg.
Zeigen Sie an der Kasse Ihren Besucher-Ausweis vor!
Arbeiter-Sport-Kartell zu Breslau E. V.

Vereinigte Theater Breslau
Lobe-Theater
Montag, 7. und Donnerstag, 10. Mai
Abend 8 Uhr
M. Libert und Else Bassermann
Zum ersten Male
Der Diktator
von Jules Romains
Freitag, 8., Mittwoch, 9., Freitag, 11., und Sonnabend, den 12. Mai
täglich 8 Uhr
Stückspiel Else und Else Bassermann
Zum ersten Male!
Sünden der Jugend
Stückspiel von Rolf Sorensen
Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 5. bis Freitag, d. 11. 5.
täglich 8 Uhr
Schwarz und Weiß
Komödie
von Sacha Guitry
Sonnabend, den 12. Mai
8 Uhr
Der Diktator

Stadttheater Breslau (Opernhaus)
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 19
Mignon
Donnerstag, 19 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 19
Zamkhauser
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 19
Der verlorene Golden
Sonnabend, 20 Uhr
Higuetto
Sonntag, 20 Uhr
Sabakeria russiana
Hierani
Der Bajazzo

Öffentliche Mahnung
Folgende Steuern und Abgaben sind fällig:
am 10. Mai 1928 Biersteuer für April und Grundsteuer für Mai;
am 15. Mai 1928 Grundvermögenssteuer, Hauszinssteuer, Gemeindegrundsteuer für Mai, sowie die Krankenlasten-pp. Beiträge für Monat April 1928.
Die Schonfrist ist weggefallen. Bei unvollständiger Zahlung erfolgt zwangsweise Einziehung unter Erhebung der gesetzlichen Verzugszinsen.
Dittersbach, den 7. Mai 1928
Der Gemeindevorsteher
Kochler

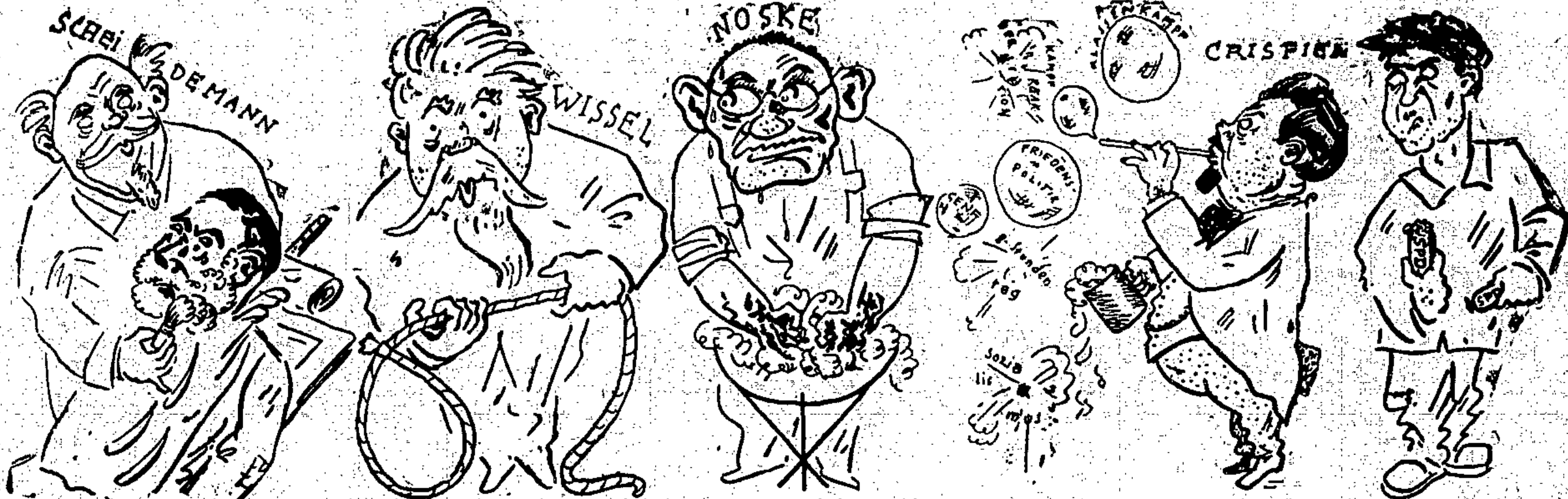
Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen
Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane
Emil Eichhorn †
M. d. R.
Wer sich in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen über alle Parteien eine Orientierung verschaffen will, muß diese wieder aktuell gewordene Broschüre lesen. Damit sie eine starke Verbreitung findet, geben wir sie zum Selbstkostenpreise von
nur 50 Pf.
ab. (Oktavformat, 90 Seiten, broschiert)
In bester durch die
Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle, Verdenstraße,
deren Filialen in Halle: Volksbuchhandlung Harz 1; Ammendorf: Hallische Straße 9; Bitterfeld: Burgstraße 40; Eisenach: Rathausstraße 7; Merseburg: Markt 7; Zeitz: Wendische Straße 21; Weißenfels: Marienstraße 46; Wittenberg: Judenstraße 10; Torgau: Schulzenstraße 14
Literatur-Vertrieb Breslau, Feldstraße 50

Blandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Zahl- und Auskunft-Stelle für Grabpflege-Gebühren
sowie andere Friedhofs-Gebühren
der städtischen Friedhöfe Gräbschen, Oswitzer Straße und Cosel
An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoß links, Zimmer 1 a
Dienstzeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmitt.
Ankunft in Grabdenkmals-Angelegenheiten
bei der Friedhofs-Direktion
An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoß rechts, Eingang durch Zimmer 11 (8-1 Uhr)

Schauspielhaus Breslau
Operettenbühne
Breslau
Tel. Stepan 3630
Täglich 20 Uhr
Inserate
haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**
Das Schaufenster der Wurstfabrik **Georg Wols** Breslau, Matthisstr. 177 zeigt Ihnen das beste und billigste in dieser Woche

Sozialdemokratische Wahlseife!



Philipp, trotz verdorrter Hand,
Schlägt den größten Schaum im Land,
„Nehm'n je Seife SPD,
Und das Messer tut nicht weh!“

Wissel, reformistischer Bürger,
Unbekannter Streikabwürger,
Schmiert mit Seife ein den Strid
Für die Schlichtungspolitik!

Von 20 000 Toten
hat Noske blut'ge Woten.
Trotz Seife und auch Bimsstein...
Die Woten werden nicht rein!

Hier steht der Crispian-Artur,
Der mit der leeren Haartour.
Er rümpft kokett sein Köschchen
Und bläht uns Seifenbläschen.

„Die Wurst, die schmeckt abheulisch
Nach Seife, das ist grenlich,
Ich wähle kommunistische Partei,
Seite 5.“

Kein Scherz, sondern Ernst

SPD.-Parteivorstand bietet Wahlseife an

Fünf Minuten vor den Wahlen bekennt sich die SPD. plötzlich darauf, daß sich im Laufe des letzten Jahrzehnts nachgerade ein solcher Haufe von Unrat, von Lüge, Verleumdung, Korruption und Arbeiterverrat angesammelt hat, der schlechterdings auch dem Parteivorstand kaum noch tragbar erscheint. Aber um einen solchen modernen Augiasstall auszuräumen, wie ihn heute die Sozialdemokratische Partei darstellt, dazu müßte ihr schon ein neuer Herkules erstehen. Die aber sind rar in der SPD. An kleinen Geistern jedoch, die um kleine Behelfsmittelchen nicht verlegen sind, wenn es gilt, die Arbeiter übers Ohr zu hauen, hat es der SPD. nie gefehlt.

Und einer von ihnen hatte eine glänzende Idee. Schmuß? Dreck? Nichts Einfacheres gibt es dagegen als — Seife! Und so bestellte denn der „linke“ Künstler, der Bezirksvorsitzende der Berliner SPD., bei der gut bürgerlich-kapitalistischen Seifenfabrik „Mona“ — Genossenschaft hin, Genossenschaft her! — einstweilen eine halbe Million Stückchen Seife, offenkundig in erster Linie dazu bestimmt, die dreidige Wäsche der diversen Künstler zu reinigen. Ob nun die Wäsche des sozialdemokratischen Künstlers und seiner Partei allzu dreidig war oder ob man der Reinigungskraft der Seife von vornherein nicht recht traute —, wie dem auch sei: auf alle Fälle sollte die Seife gut genug sein, die sozialdemokratischen Arbeitermacher mit gehörigem Schwung und erprobtem Geschick recht nett einzuseifen und in bewährter Gepflogenheit über den Köpfel zu balbieren. Und so läßt sich denn der Hausdichter der SPD. auf den Seifenstückchen also vernehmen:

Im wunderschönen Monat Mai,
So sang schon Heinrich Heine,
Wählt nur die
S. P. D. - Partei
Die hat Euch auf die Beine!

Ein anderes Stückchen, das besonders zur Herstellung von Seifenblasen geeignet erscheint, die dann im Scheine der Tages-Sonne in allen Farben schillern, trägt das Verschen:

„Dieses kleine Seifenstück
Zeigt den Weg zu eurem Glück.
Drum zur Reichstagswahl im Mai,
Wählt die SPD.-Partei!“

Nun weiß der deutsche Arbeiter wenigstens, wie er sein Glück machen kann! Damit er es aber auf keinen Fall vergißt, sind diese glückbringenden Verse so in die Seife hineingearbeitet, daß sie bis zum vollständigen Verbrauch der Seife sichtbar bleiben.

Herr Künstler aber verbanke an die Bezirksvorstände der SPD. nachstehendes Rundschreiben:

Werte Genossen!

Von dem neuen Propagandamittel (ein Stück Seife mit Propagandaschrift für die SPD.) hat der Bezirk Berlin 500 000 Stück bestellt. Die bisher einzig dastehende Propaganda hat nicht nur bei unseren Parteimitgliedern lebhaften Anklang gefunden, sondern auch die Märkte besuchenden Frauen haben mit Freuden dieses neue Propagandamittel angenommen. Wurden früher unzählige Druckschriften und Handzettel unter den Frauen verteilt, so haben wir mit dem Stückchen Seife die besten Gefährungen gemacht, weil jedes Stück angenommen wurde, während die Druckschriften nach dem Verteilen in Massen den Boden bedeckten.

Mit Parteigrüß gezeichnet

Franz Künstler, Bezirksverband Berlin der SPD.

Die deutsche Sozialdemokratie mag noch soviel Seife in der Wahlkampagne „verschauern“: das Arbeiterblut, das an

Noskes Händen klebt, die Barmstehende der SPD., der fortgesetzte Arbeiterverrat, Reichswehr- und Hoebus-Strabal, der Femejumpf, die Riesenhande, mit der die SPD. besetzt heute vor den deutschen Arbeitern steht — sie kann nicht abgewaschen werden mit Seifenstückchen, in die man schlechte Wahlverse preßt.

Keine Gnade den Fememördern!

„Keine Gnade den Fememördern!“, das war die Losung der sozialdemokratischen Amnestievertäter. Wie sollten die deutschen Gerichte noch der Gerechtigkeit in Zukunft dienen können, wenn der Reichstag selbst den Fememördern Gnade erweist. Alle Strenge des demokratischen Gesetzes gegen die Mordmörder, das war die Losung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, als sie hinter den 325 proletarischen Gefangenen der Zuchthausrepublik die Kerkertür zuwarf.

Schneller als gedacht erhält die deutsche Arbeiterklasse eine Lehre, welches der Weg der republikanischen Gerechtigkeit ist, die der Amnestieverrat nach links stützen sollte. Der Stettiner Fememordprozeß endet gegen die der bestialischen Mordtat Ueberführten mit einer „Verurteilung“, die nichts anderes ist, wie eine freche Verhöhnung der Forderung der Massen „Keine Gnade den Fememördern und ihren Begünstigern!“ Das Stettiner Gericht, geführt von einem „Republikaner“, auf den das ganze schwarzrotgoldene Deutschland mit Stolz als den Seinigen blickte, hat nicht nur den Mord durch ein Urteil für Totschlag im Affekt vertuscht, es hat gleichzeitig die pommerischen Fememörder und ihre Hintermänner, die Fememordkommandeure der Noske-Geklerischen Reichswehr und der republikanischen Regierungen der Ebertzeit, als vaterländische Helden gefeiert! Die wegen „Totschlag“ zu milden Zuchthausstrafen verurteilten Fememörder werden im Urteilspruch nicht nur für ihre „Vaterlandsliebe“ gerühmt, ihre „Weiterbegnadigung in weitestem Maße“ wird dringend empfohlen! Dieses Urteil läßt keinen Zweifel mehr: Die Amnestie, die den Schleier des Vergessens über die Ungeheuerlichkeiten des Bürgerkriegsverbrechens der Ebertzeit bedenken soll, die Amnestie für die Keinen Henker und Bestien, für die Schuld Klapproths und Heines marschiert! Zwei Monate nach dem Amnestieverrat unter der Losung „Keine Gnade den Fememördern“ ist die Basis für ihre volle bürgerliche Rehabilitierung, für ihre Freilassung, ja für ihre Ehrung geschaffen — die proletarischen Opfer aber sollen in den Zuchthäusern begraben sein! Umso leidenschaftlicher erhebt sich der Ruf: „Heraus mit unseren politischen Gefangenen, keine Gnade für die gegenrevolutionären Verbrecher!“ Umso leidenschaftlicher erhebt sich die Anklage gegen die republikanischen Klaffengerichte und die republikanischen Führer, deren Hauptschuld an den Fememordverbrechen gerade dieser Prozeß dokumentarisch erwiesen hat.

Die Arbeiterklasse erhebt die Anklage gegen die Sebering und Höring, gegen die Gradnauer und Köster, gegen die Grzejinski und Ernst, gegen die Wirth und Spieder, gegen die Noske und Gekler, die die Femekorps organisierten, die Spezialpolizei der 160 Mordbestien aufgestellt und gefördert, die das Fememordverbrechen der Reichswehr gedeckt und die daraufhin noch den traurigen Mut hatten, die proletarischen Gefangenen im Zuchthaus lebendig begraben sein zu lassen.

Reues von Dr. Spieder, der Hilde des Reichsbanners

Der Höhepunkt des Stettiner Prozesses war bekanntlich das Auftreten des fachverständigen Reuges für die Spezialpolizei des Staatskommissars a. D. Dr. Spieder. Seine Rolle als einer der Hauptverantwortlichen für die Mordpolizei ist auf-

gedeckt. Noch nicht aufgedeckt bis jetzt war seine Rolle als Abstimmungskommissar, was dessen Finanzgebahren in Oberschlesien betrifft. Der „Friedrich“ widmet dieser verdienstlichen Rolle einen Leitartikel. Herr Holz, Leiter der Vaterländischen Gefangenenfürsorge, eingeweiht bis in die jarstesten Intimitäten des obereschlesischen Verbrechens, schreibt in diesem Leitartikel:

„Ich dede meine Leute“ (die 200 Fememorbe begangen haben) sagt Dr. Spieder und die rote Presse (die republikanische ist gemeint) findet das mit uns sehr richtig. Warum hier die Zustimmung? warum hier nicht die Empörung über etwas, was Dr. Spieder „stumpfsinnig Mord“ nennt. Weil sozialdemokratische und dem Zentrum angehörige hohe Beamte im Abstimmungssekretariat, im Breslauer Polizeipräsidium, im schlesischen Oberpräsidium Mitwissende und Mitbeteiligte... Man hat in Stettin die restlose Klarstellung der obereschlesischen Fememorbe verhindert, um, wie der Staatsanwalt in einer dem öffentlichen Ankläger so wohl anstehenden Kavität sagte, die Veranlasser und Begünstiger dieser „Morde“ und die Täter selbst nicht in Ungelegenheiten zu bringen. Ganz unsere Meinung!... Das Wohl des Vaterlandes und seiner Verteidigung ist höchstes Gesetz. Wendet man dieses höchste Gesetz auf alle Fälle an, die danach handelten, so muß a l l e n „Fememördern“, auch denen, die nicht mit sozialdemokratischen Beamten gemeinsam handelten und die nicht durch einen Zentrumsmann gedeckt wurden, die Freiheit werden... Ein paar Worte noch zu Dr. Spieder persönlich. Es widerstrebt mir, hier in diesem Zusammenhange neue Anklagen persönlicher Art gegen ihn zu erheben, obwohl ich dazu sehr wohl in der Lage wäre. Und sowohl die Art und Weise, die Dr. Spieder in Oberschlesien im Kreise von sehr zweifelhaften Persönlichkeiten männlichen und weiblichen Geschlechts das Deutschtum vertrat und das Geld mit vollen Händen herumwarf, auch heute noch den Unwillen der heimattrauen Oberschlesier erregt... (Aber)... Herr Dr. Spieder hat... in dem Reichsbannerblatt eine Geschichte von Friedrich dem Großen und seinem Kräftstod erzählt. Es gibt viel schönere Geschichten von Friedrich dem Großen, z. B. die Geschichte von dem betrügerischen Intendanten des großen Königs, der sich während des Feldzuges in Schlesien die Taschen vollgesteckt hatte und den Friedrich der Große aufhängen ließ. Auf Wiedersehen oder auf Wiederhören! Ganz wie sie wollen, Herr Ministerialdirektor.

F. C. Holz.

Wir sind gespannt, was der Ministerialdirektor Seberings dem F. C. Holz auf seine vollständig eindeutigen Anklagen antworten wird?!

Wir werden dafür sorgen, in diesem wie in jedem weiteren Falle, daß er nicht in Vergessenheit gerät.

Achtung, Ortsgruppenleiter!

1. Habt Ihr schon den kommenden Landsonntag organisatorisch vorbereitet? (Nähere Ausführungen morgen.)
2. In den letzten Tagen vor der Wahl veranstaltet regelmäßig abends Propagandamzüge. (Eventuell Wagen mit Kapellen, Sprechchören, Transparenten, oder Radfahrerguppen mit Plakaten auf dem Rücken, oder Sprechchöre mit Grammophonplatten usw.)
3. Jeden Abend trifft Euch in diesen Tagen mit den aktiven Mitgliedern zur Verteilung der Arbeit.
4. Bereitet die Schaffung eines Zentralwahlbüros oder Zentralagitationsbüros vor. (Nähere Hinweise folgen!)
5. Beachtet den täglichen Kasten an dieser Stelle. (Schneidet ihn aus!)

Achtung.

DIE BETRIEBE IM WAHLKAMPF

Und wieder eine SPD.-Lüge

Am Sonnabend veröffentlichte die „Volkswacht“ einen Artikel über den Straßenbahnerkampf in Frankfurt a. M., in welchem von Arbeiterverrat seitens der Kommunisten geseufert wurde. Der wahre Sachverhalt ist im Nachfolgenden mitgeteilt:

Im Kampf der Straßenbahner Frankfurt a. M. hat die Leitung des Deutschen Verkehrsbundes mit dem Magistrat eine ganz ungenügende Vereinbarung abgeschlossen und den Streik als beendet erklärt.

Trotzdem schon ehe diese Vereinbarung abgeschlossen wurde, hat der sozialdemokratische Pressedienst wieder einmal freche Lügen über die Stellungnahme eines Frankfurter kommunistischen Magistratsmitgliedes verbreitet. In dieser Notiz der SPD. hieß es:

„Die bürgerlichen Magistratsmitglieder lehnten den von der gewerkschaftlichen Organisation unterbreiteten Vorschlag ab, und zwar mit einer einzigen Stimme Majorität gegen die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder. Diese eine Stimme Mehrheit war aber nur dadurch zu erzielen, daß das kommunistische Magistratsmitglied Kramheller sich der Stimme enthalten und so den Bürgerlichen zum Erlolge verholfen hat.“

Hätte Kramheller mit den sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern im Sinne der Streikenden gestimmt (es handelte sich um den von der gewerkschaftlichen Organisation gemachten Vorschlag), so wäre der Entscheidende des sozialdemokratischen Vorschlages zugunsten der Einigung ausgefallen. Die Forderungen der Streikenden wären erfüllt und der Streik mit einem vollen Siege der Arbeiter zu Ende gewesen.“

Alles das ist von A bis Z erlogen. Was ist die Wahrheit?

Das örtliche Tarifschiedsgericht hat für die Straßenbahner einen Schiedsspruch gefällt, den diese trotz seiner Unzulänglichkeit annehmen. Ausschlaggebend dafür war die Tatsache, daß die Straßenbahner ein Monatsgeld bekommen sollten und daß der Kreis der Straßenbahner mit monatlicher Gehaltszahlung erweitert wurde, was einen Schritt zur Überführung des Personals ins Angestelltenverhältnis bedeutet.

Der Magistrat Frankfurt a. M. lehnte jedoch den örtlichen Schiedsspruch ab und appellierte an das Zentralschiedsgericht in Berlin. Dieses fällt einen Spruch, der die Lohnzulage um einen Pfennig kürzt, das Monatsgeld strich und die Ausdehnung der monatlich bezahlten Personals verweigert. Daraufhin traten die Eisenbahner am 1. Mai in den Streik. Sie kämpften um Wiederherstellung des örtlichen Schiedsspruches.

Am 3. Mai nahm der Frankfurter Magistrat zu der Lage Stellung. Das einzige kommunistische Magistratsmitglied Kramheller stellte folgenden Antrag:

„Der Magistrat gibt dem Frankfurter Schiedsspruch seine Zustimmung.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt, wobei eine Anzahl sozialdemokratischer Magistratsmitglieder dagegen stimmten. Hätten alle sozialdemokratischen Magistratsmitglieder dafür gestimmt, und hätte der sozialdemokratische Bürgermeister Graf dafür den Entscheidenden gegeben, so wäre der Antrag angenommen worden. Aber nur die Sozialdemokraten stimmten dafür. Nun hatte die SPD. folgenden überhöhten Antrag gestellt:

„Der Magistrat ist bereit, wenn um 2 Uhr der Streik abgebrochen wird, den Kritischen einen Pfennig zu bewilligen. Ueber alle anderen Forderungen und Fragen wird nach Abschluß des Streikes verhandelt.“

Es ist selbstverständlich, daß der Kommunismus im Magistrat nicht für diesen Antrag stimmte, der ein unverhohlenen Ultimatum an die Streikenden war. Frech erlogen ist die Behauptung des sozialdemokratischen Pressedienstes, daß bei einer Annahme dieses Antrages die

Forderungen der Streikenden erfüllt gewesen wären. Unwahr ist auch, daß der SPD.-Antrag gleichbedeutend war mit der Forderung des Deutschen Verkehrsbundes, der selbstverständlich damals die übrigen Forderungen der Streikenden noch nicht fallen gelassen hatte. Eine Streikversammlung, die nach der Magistratsführung stattfand, lehnte es ausdrücklich ab, auf die bloße Versprechung hin, daß der Magistrat verhandeln wolle, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Bei den Verhandlungen im Berliner Reichsarbeitsministerium hat die Leitung des Deutschen Verkehrsbundes die Vereinbarung abgeschlossen, nach der wohl der eine Pfennig gewährt, das Monatsgeld und die monatliche Bezahlung jedoch verweigert wird. Das bedeutet natürlich einen Akt trassen Verrates, denn bei Fortsetzung des Kampfes wäre es möglich gewesen, die Forderungen der Streikenden durchzusetzen.

Die SPD. hatte es so eilig, über den Frankfurter Streik Lügen zu verbreiten, weil sie ihre eigenen Verbrechen verbergen möchte. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat sich ausdrücklich geweigert, dem Magistrat das Nichtzutun auszusprechen, und die Einstellung der Streikbrüchigkeit zu scheitern. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zimmermann hat einer großen Anzahl von Kraftfahrzeugen die Erlaubnis zur Personalbeförderung während der Streikzeit erteilt.

Mit Hilfe des Schlichtungswesens, und weil ihnen sozialdemokratische Führer in den Rücken fielen, sind also die Frankfurter Straßenbahner betrogen worden.

Unterstützt die Gachjen-Kämpfer!

Das Bekanntwerden der drei neuen Lohnschiedssprüche hat bei den kämpfenden sächsischen Metallarbeitern ungeheure Empörung hervorgerufen. Täglich beschließen weitere Belegschaften, den Kampf auch dann fortzusetzen, wenn die Schiedssprüche verbindlich erklärt werden sollten. Wie wir erfahren, sind nun für Dienstag, den 8. Mai, neue Verhandlungen im Berliner Reichsarbeitsministerium angefragt worden. Es sind dies die üblichen „letzten Einigungsverhandlungen“, die einer Verbindlichkeitsklärung vorausgehen pflegen. Nach der Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitschiedsgerichtes droht nun die Verbindlichkeitsklärung der drei schändlichen Lohnschiedssprüche. Die sächsischen Metallarbeiter haben in Waffen erklärt, daß sie diese Schiedssprüche oder ein schlechtes Kompromiß nicht annehmen werden. Sie sind gewillt, ihre Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Die Fortsetzung ihres Kampfes wäre die bisher größte Schlacht gegen den Schlichtungsterror. Am Sieg der sächsischen Metallarbeiter, an einer Niederlage des Unternehmertums und der kapitalistischen Schlichtungsmaschinerie hat jeder deutsche Arbeiter das größte Interesse. Die sächsischen Metallarbeiter kämpfen nicht nur für sich, sie kämpfen für alle Arbeiter.

Darum ist es notwendig, daß die sächsischen Metallarbeiter jetzt durch die Gesamtarbeiter-schaft unterstützt werden.

Beschleunigt die Sammelaktion! Sammelt in allen Betrieben! Unterstützt mit allen Kräften die sächsischen Metallarbeiter!

der von ihm entlassene Arbeiter aus Rache das Pferd mit dem Schwabenpulver vergiftet hatte.

Als der Landarbeiter, auf dem Rade von auswärts zurückkehrend, in der Nähe von Radlowitz war, wurde er plötzlich von dem Landgendarm angehalten, und es entspann sich folgendes Gespräch:

„Sie sind der Arbeiter N. aus Radlowitz?“

„Ja, der bin ich.“

„Sagen Sie, wie haben Sie das Pferd vergiftet: haben Sie das Gift in die Krippe geschüttet oder es dem Pferde so eingegeben?“

Natürlich protestierte der Landarbeiter ganz entschieden gegen diese Verächtlichkeit. Auf eine sofortige Vorstellung unseres Genossen Wesner in Ohlau beim Landrat hat dieser zugefagt, eine herabwürdigende Untersuchung des Pferdebabbers zu veranlassen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Untersuchung die volle Unschuld des Landarbeiters an dem Tode des Pferdes ergeben wird.

Soll man zu den angeführten Tatsachen einen Kommentar schreiben? Ein solcher würde die Wirkung des Geschehenen nur abschwächen. Ergänzend sei lediglich mitgeteilt, daß dieser Landarbeiter keine Erwerbslosenunterstützung erhält und somit mit seiner Familie ein wahres Hungerbrot frisst.

Das sind Zustände in der von den Sozialdemokraten so tapfer verteidigten Republik. Eine Besserung kann nur erkämpft werden. Zu diesem Kampf ruft die kommunistische Partei: Wer mitkämpfen will, gibt am 20. Mai einen kommunistischen Stimmzettel ab!

1,50 Mark Wochenlohn

In einer Zeit, wo die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten versuchen, mit den ausgebeuteten Landarbeitern zu liebäugeln, tritt ein Landarbeiter mit seinem Lohnzettel an uns heran, auf dem der horrende Wochenlohn von sage und schreibe 1,53 Mark Barlohn bestätigt wurde. Davon soll der Landarbeiter seine Familie unterhalten. Der Lohnzettel sieht folgendermaßen aus:

| | |
|------------------------|----------|
| Lohn | 5,25 Mk. |
| Krankentasse | 0,87 Mk. |
| Invalidentversicherung | 0,15 Mk. |
| | 3,03 Mk. |
| Abzug f. 1. Mai | 2,40 Mk. |
| | 1,53 Mk. |

Landarbeiter, denkt an eure Lohnzettel am 20. Mai. Wer schafft den Reichen all das Brot — und leidet dabei in bitterer Not? Das sind die Landarbeiter. — Darum gebt diesen Herren am 20. Mai die richtige Quittung: Wählt Liste 5. Kommunisten!

DMB.-Sozialdemokrat Karger bremst Königshulder Metallarbeiter beschließen trotzdem Streikfortsetzung

Am Freitag fand hier eine wichtige Versammlung der Streikenden statt. Vom DMB. war der berüchtigte Sozialdemokrat Karger hier und wollte den Streik abbremsen. Nach einer Verhandlung bei der Regierung wurde der Vorschlag gemacht, unter nichtigenden Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Ungefähr 50 Kollegen (von etwa 300) wären danach wieder in den Betrieb gekommen, der andere Teil sollte vorläufig (!) weiterfeiern. Herr Karger empfahl eingangs sehr warm, diesen Vorschlag anzunehmen. Die Streikenden ließen sich jedoch nicht vertanzen. Die Freigewerkschaftler lehnten mit 140 gegen 12 und die Christen mit 14 gegen 2 dieses verwerfliche Ansuchen ab. Herr Karger wechselte unter diesem Druck sofort sein Gesicht und gebärdete sich sehr radikal. Zu der Unterstützungaktion der JAG. lobte sich Karger auch aus. Nach seiner Meinung darf kein Gewerkschaftler in der JAG. als Mitglied sein. Er empfiehlt, daß die halb hungernden Kollegen sich keine Unterstützung von der JAG. geben lassen sollen. Sehr nett von diesem Arbeitervertreter! Die Kollegen lassen sich aber von solchen „Führern“ nichts vormachen und werden trotzdem die JAG. freudig in Anspruch nehmen. Der Streik geht nun erst recht mit aller Schärfe weiter.

Mit Schwabenpulver ein Pferd vergiftet

Was in der demokratischen Republik alles möglich ist

Gibt es da im Kreise Ohlau einen Dominiumbesitzer namens Hoffmann. Sein Besitzum liegt in Radlowitz. Auf dem Gut wird eine Anzahl Landarbeiter und Landarbeiterinnen beschäftigt, darunter auch ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener, der eine deutsche Frau nahm, in Deutschland blies und jetzt Vater von zwei Kindern ist. Dieser Arbeiter, der als geschickt und fleißig bekannt ist, hatte im Juni vergangenen Jahres mit dem Gutsherrn einen Streik und wurde darauf entlassen. Damit begann für ihn und seine Familie ein wahres Martyrium. Als erstes bekam er vom Dominiumbesitzer die fröhe Anweisung auf sofortige Räumung der Wohnung. Eine andere Wohnung konnte die Gemeindevorwaltung der Familie nicht zur Verfügung stellen. Diese hat ihm dann der Dominiumbesitzer geben müssen. Jetzt bewohnt der Arbeiter mit seiner Familie bereits die dritte Wohnung seit Juni vergangenen Jahres. Einmal wurde ihm eine Wohnung zugewiesen, die nur 1,00 Meter hoch war. Der Arbeiter aber ist 1,90 Meter groß. Auf seine Verstellung, daß er in der niedrigen Wohnung nicht stehen könne, wurde ihm geantwortet, daß er ja dort nicht spazieren zu gehen brauche, er könne eben sitzen.

Eine zweite Wohnung besteht ebenfalls aus einem einzigen Zimmer, welches zugleich Küche und nur 4 mal 4 Meter groß ist. Einen Teil seiner Sachen mußte der Arbeiter deshalb im Hof unter-

bringen. Eines schönen Tages, als der Mann gerade fort war, erschien der Gutsherr in Begleitung mehrerer Arbeiter und forderte die Frau auf, alle Sachen aus dem Hof in die Stube zu räumen. Die Frau kam dem Ersuchen nicht nach, war jedoch bereit, für die Benutzung des Hofes einen Jahrslohn zu der Monatsmiete zu geben. Das lehnte Herr Hoffmann ab und befohl den in seiner Begleitung erschienenen Arbeitern, alle auf dem Hof stehenden Sachen in den Hof zu stellen. Der Hof wurde mit Brettern zugemauert, so daß nur ein schmaler Durchgang offen blieb, so daß nur ein einziger Mensch sich gerade noch durchzwingen kann. Die Sachen des Arbeiters, darunter ein fast neues Fahrrad, stehen nun im Hof und sind allen Einflüssen der Witterung preisgegeben.

Bei dem Austräumen der Sachen fand der Dominiumbesitzer u. a. eine Flasche mit Schwabenpulver. Dagegen erklärte er für beschlaghaft. Herr Hoffmann ist nun Gemeindevorsteher, trotzdem macht er sich polizeiliche Verfügungen an. Der Beschlagnahme folgte eine hartnäckige Vernehmung der Arbeiterfrau. Wo sie das Pulver gekauft hat? Wer die Genehmigung gegeben? Zu welchem Zweck es verwendet wurde? Wer im Dorf noch ähnliches Gift hat? Die Frau gab wahrheitsgetreu zur Antwort, daß das Pulver in der Ohlauer Drogerie Straßwald auf eine von dem früheren Gemeindevorsteher ausgefertigte Bescheinigung gekauft und zur Vertilgung von Schwaben benutzt wurde. Eine sehr einfache alltägliche Geschichte, die bei keinem vernünftigen Menschen irgendwelches Mißtrauen erwecken könnte. Doch anders bei Hoffmann. Da einige Tage vorher bei ihm auf dem Dominium ein Pferd freipiert war, fand es für ihn sehr, daß



Hallo!
Der Wahlkampf ist schon bald zu Ende, wo bleibt denn Deine Wahlfonds-Spende?

Am Sonntag Marsch aufs Land

Am 13. Mai findet im Bezirk Schlesien der letzte Landsonntag vor der Wahl statt. Trefft die letzten Vorbereitungen! Vergeßt die Sammelkästen nicht! Besucht Zeitungen!

Hallo! Schlaft Ihr?

Wißt Ihr nicht, daß der Wahlkampf seinem Ende entgegengeht und die Partei in den letzten Tagen noch ungeheure Arbeit zu leisten hat, die viel Geld kostet? Bis jetzt gingen für den Wahlfonds erst ein:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like '300 A. N. S. Hansenau (W. Breslau) 10,-', '302 Bernhard (Stadt Breslau) 1,-', etc.

Zusammen: 888,22 M.

Wollen die Säumigen nicht endlich munter werden?

Die Dürrgoher Kotschiebungen

Am Montag begann vor dem Großen Schöffengericht der Prozeß gegen die Dürrgoher Kotschiebungen. Bereits im November 1924 waren die Unregelmäßigkeiten im städtischen Gaswerk in Dürrgoß entdeckt worden. Verschiedene Umstände veranlaßten, daß der Prozeß erst jetzt verhandelt wird.

Die Arbeitsmarktlage in Schlesien

Das Landesarbeitsamt Schlesien teilt mit: Die Arbeitsmarktlage hat sich in der Berichtswache weiter gebessert. In der Provinz Niederschlesien sank die Zahl der Arbeitsuchenden von 89 004 auf 82 668, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 54 424 auf 48 761 und die der Krisenunterstützungsempfänger von 13 163 auf 12 730.

Morgen Stadtverordnetenversammlung! Am morgigen Donnerstag findet die wahrscheinlich letzte Stadtverordnetenversammlung in der bisherigen Zusammensetzung statt. Die nächste soll erst nach den Neuwahlen stattfinden, und dann wird es ja dort oben im Rathaus entsprechend etwas anders aussehen.

Ein Kind im Fahrstuhl zu Tode gequetscht. Am Montag hatte eine Erzieherin in dem Grundschul Auenstraße 15 mit einem zweijährigen Kinde den Fahrstuhl benützt und wollte aussteigen. Sie selbst hatte den Fahrstuhl schon verlassen, das Kind war noch im Fahrstuhl, als dieser plötzlich anruckte und nach oben ging.

Wählischer Tod auf dem Bahnsteig. Auf einem Bahnsteig des Hauptbahnhofes brach die Witwe Jacob, wohnhaft Schmiedebühde Nr. 29 a, infolge Herzlähmung plötzlich tot zusammen.

Vermißter Lehrling. Vermißt wird seit 4. Mai der Maurerlehrling Erich Kutschmann, geboren am 12. Juni 1912 zu Breslau, Werderstraße 78 bei den Eltern wohnhaft gewesen.

Verhaftung. Die Kriminalpolizei verhaftete den 27-jährigen Kaufmann Walter von Portjan. Er steht im dringenden Verdachte, seine Wirtin, die 76-jährige Rentnerin S., Auguststraße 50, um 5900 Mark bestohlen zu haben.

Verlängerte Polizeikunde während des Maschinenmarktes. Anlässlich des Maschinenmarktes ist für den Ortspolizeibezirk Breslau für die Nächte zum 10., 11., 12. und 13. Mai der Eintritt der Polizeikunde allgemein auf vier Uhr festgesetzt worden.

Streichen. Achtung! Donnerstag 19.30 Uhr kombinierte Mitgliederversammlung von KPD u. KZB. bei Bende, „Stadt Breslau“.

Breslau, 9. Mai.

In breiten Kreisen der proletarischen Wähler besteht Unklarheit über die Voraussetzungen, unter denen die Ausgabe von Wahl- und Stimmscheinen erfolgt. Auch für die vielen Genossen und KZB-Kameraden, die am 20. Mai auf Wahlarbeit unterwegs sind, und um ihr Stimmrecht ausüben zu können, im Besitz eines Wahlscheines sein müssen, ist es wichtig, daß sie sich rechtzeitig in den Besitz eines Wahlscheines setzen.

Die Einrichtung der Wahl- und Stimmscheine hat den Sinn, einem Wähler, der sich am Wahltage außerhalb seines Wahlbezirks aufhält, die Ausübung seines Wahlrechtes zu ermöglichen. Die Wahlgelege enthalten folgende Bestimmung:

- (§ 9). Einen Stimmschein erhält auf Antrag: 1. ein Stimmberechtigter, der in eine Wahlliste oder Wählerkartei eingetragen ist. 1. wenn er sich am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält; 2. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in einen anderen Wahlkreis verlegt; 3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den

Stimmschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen; II. ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Wahlliste oder Wählerkartei eingetragen oder darin gestrichen ist, 1. wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchsfrist veräußert hat; 2. wenn er wegen Ruhen des Wahlrechtes nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund dafür aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist; 3. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Stimmscheine werden bis zum 17. Mai ausgestellt. Das Wahlrecht ruht für Soldaten während ihrer aktiven Dienstzeit. Wenn ein Soldat zwischen Auslegung der Wahlliste und Wahltag ausgescheldet, muß er einen Wahlschein bekommen. Dasselbe gilt für Straf-, Untersuchungs- und Vollzugsgefangene, die in dieser Zeit aus dem Verlaßnis entlassen werden. Schutzhaftgefangene besitzen unter allen Umständen das Wahlrecht und müssen zum Wählen zugelassen werden. Für diese empfiehlt sich die Beschaffung eines Stimmscheines.

In Breslau werden Stimmscheine im Wahlamt am Rathaus ausgestellt. Sie gelten nur für Reichs- und Landtagswahl. Für die gleichzeitig stattfindende Stadtverordnetenwahl kann nur in Breslau selbst gewählt werden. (Ebenso für die Preußenwahl nur im preussischen Gebiet.)

Vom Wahlkampf

Sie reißten wie Schafleder aus

Nämlich die Zentrümmer. Am Montag hielten sie in Neu-Lirch eine öffentliche Versammlung ab, in der Landtagsabgeordneter Jaleßki und Stadtverordneter Mandercheid sprachen. Da bei den Referaten die Anwesenden einschließen, glaubte man die Versammlungsstimmung zum Schluß durch Märchen über Mexiko

Arbeiterportier!

Donnerstag 20 Uhr im „Hubertusaal“, Friedr.-Wilhelmstr. 32. Es sprechen die Genossen Wolleber und Lhomaß über: Wen wählen die Arbeiterportier? Eintritt frei!

Arbeiterportierment!

Erscheint zahlreich! Freie Aussprache!

Reichsbannerlägen!

In Gajenau wurde am Sonntag eine Reichsbannerversammlung abgehalten. Der reichsbannerliche Redner glaubte dabei besonders gegen die Kommunisten hegen zu müssen, und da ihm dazu kein sachliches Material zur Verfügung stand, log er frech. Zum Beispiel behauptete er, die Kommunisten würden von den Deutschnationalen bezahlt! Eine Diskussion verstand der Lügner zu verhindern und so konnten die anwesenden, noch nicht ganz verkehrten Arbeiter, nur durch Zwischentritte gegen diese Schmutzleiten protestieren.

Verktätige der inneren Stadt!

Mittwoch 19.30 Uhr im „Artusgarten“, Neue Gasse öffentliche Wählerversammlung. Es spricht Genosse August Keimann über das Thema: Die Kommunisten im Kampf gegen die Feinde der Verktätigen. — Eintritt frei.

Theater und Kino

Uraufführung mit Wasserbaum im „Lobe-Theater“

R. Der Franzose Jules Romain zeigt in den fünf Akten seines „Diktator“ den Aufstieg des Arbeiterführers und Abgeordneten Denis zum Ministerpräsidenten von Königs Gnaden und blutigen Demagogen seiner ehemaligen Genossen. Nach diesem Verlauf der Handlung könnte es sich also um ein Bühnenwert handeln, das eine künstlerische Widerspiegelung gewisser politischer Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung gibt. Das trifft aber bei dem Werk Romain nur in bezug auf Einzelheiten zu. Wie Denis z. B. in eitlem, verlogenen-uninteressiert tuerder Weise über seine Parlamentsrede berichtet, wie er, der Mann von unten, sich durch die „loyalen“ Flachheiten des Monarchen, durch das Nachstangebot blenden läßt, das ist gewiß aus dem Leben, aus dem politischen Alltag gegriffen und auch wirklich gezeichnet. Im Höhepunkt der Handlung, im Gespräch des Ministerpräsidenten Denis mit seinem ehemaligen Freunde Ferriol, den er kurz darauf verhaften läßt, erklängen, übrigens meisterhaft formuliert, all die uns so vertrauten, oft gehörten Phrasen von „Verantwortlichkeit“, vom „Staatsganzen“, vom D-Zug, der unbedingt fahren, und der Milch, die zu den Säuglingen kommen müsse. Es war, als hörte man Ebert sprechen.

Aber Jules Romain bleibt dabei nicht stehen. Er „vertieft“ seine Handlung, indem er seinen Helden psychologisch „erklärt“ und ihn damit innerlich rechtfertigt. Er macht aus dem Streber, dem Karriereisten, dem Verräter, ein tragisches Opfer seines Fleißes, seiner Energie und seiner Ehrlichkeit. Um das noch zu unterstreichen, stellt Romain dem Denis eine „Mabitale“, seinen Freund Ferriol, gegenüber. Dieser ist nur die Karikatur eines Revolutionärs, ein unfruchtbarer, an allem verzweifelter Regierer. Neben seinen wortladalen Tiraden werden Denis' verlegene und feige Ausflüchte sogar zu wirklichen Argumenten.

Man hat Jules Romain, dem Dichter, vorgeworfen, daß er sich nicht entscheidet. Man tut ihm Unrecht. Romain entscheidet sich. Die Tendenz des Werkes ist deutlich sichtbar. Sie lautet: Hoch Miklerand, hoch Mussolini, hoch Ebert.

Wasserbaum, der große Charakterdarsteller, gab den sich wandelnden, oder besser, den sich mehr enthüllenden Denis. Eine gute Leistung war Frank's Monarch. Der Ferriol von Herrn Schaper blieb ohne seine Schuld eine tote, papierne Gestalt.

„Sünden der Jugend“, ein Lustspiel, war das zweite Gastspiel Wasserbaums. Der Inhalt ein Schmarren, aber Bühnenwirksam, voll Spannung aufgemacht. Elise Wasserbaum als Glosse kam hier in der Rolle einer modernen, temperamentvollen Frau mehr zu Geltung. Köstlich daneben Scherzer sowie Fr. Kretschmer. Und natürlich Wasserbaum! Obwohl es größere Aufgaben für sein großes Können gegeben hätte, als in beiden Stücken. Aber das gehört ja zum Thema: Kapitalistischer Theaterbetrieb, oder: Kapitalistische Notwendigkeiten bei einem Theaterbetrieb.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Alle Mitglieder der Kommunistischen Partei, des Roten Frontkämpferbundes, der Roten Hilfe, der KZB, des Kommunistischen Jugendverbandes, überhaupt alle Mitglieder einer proletarischen Organisation, haben bei Vorzeigen ihrer Mitgliedsbücher an der Filmkasse nur den alten Eintrittspreis von 50 Pfg. zu zahlen, sonst 70 Pfg. Besucht die Gewerkschaftshaus-Lichtspiele noch heute. Achtet auf das heutige Inserat! Spricht in

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen Breslau. — Stadtteil 1 (DR). Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Westhof. Parteibuch mitbringen. — Stadtteil 2 (Nord). Die Mitglieder der Zellen beteiligen sich an der Agitation für die Schwereberversammlung. Zellen 6 u. 7 Mittwoch 19 Uhr Bauhofplatz. — Stadtteil 3 (West). Sämtliche Parteigenossen, die Räder besitzen, Donnerstag von 17—19 Uhr Fischergasse 22. — Stadtteil 4. Mittwoch 20 Uhr. Gesamtfunktionärsitzung bei Schneemann, Sadowastraße 8. — Stadtteil 5 (Zentrum). Mittwoch 18.30 Uhr Antreten zur Demonstration am Turmhof, Neue Antonienstraße. Kommunistischer Jugendverband Breslau. — Nord. Donnerstag 20 Uhr Heimabend bei Rübiger, Trebniker Straße 56. — Süd-West. Mittwoch 20 Uhr Heimabend Neue Antonienstraße. Gäste willkommen. Jung-Spartakus-Bund Breslau. — Nord. Donnerstag 17.30—19.30 Uhr Heimabend in „Stadt Ranslau“, Matthiasstraße. — Süd, West, Zentrum, Ost. Mittwoch 17 Uhr Zusammenkunft bei Jante, Friedrichstraße. Roter Frontkämpfer-Bund Breslau. — Abt. 2. Mittwoch 19 Uhr Antreten der gesamten Abteilung am Bauhofplatz. — Abt. 4. Sämtliche Kameraden, die ein Rad haben, müssen sich für Sonntag freihalten zur Land-Ausfahrt. — Abt. 5. Mittwoch 18.30 Uhr Antreten zur Demonstration am „Turmhof“, Neue Antonienstraße. — Abt. 6. Mittwoch 19 Uhr alles antreten in Bundesleitung bei Jante. Kapelle ebenfalls. Freitag 19 Uhr alles antreten bei Jante. Kapelle ebenfalls. Oberes Revier. Donnerstag 19 Uhr Pflichtabend im Mayraufschacht Gröblich. Donnerstag 20 Uhr Vollversammlung im „Felsenkeller“. Sonstige Organisationen Gröblich. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Felsenkeller“.

Am Freitag Massen-Meeting um 20 Uhr, im Giechweberaal

Der werktätige Mittelstand wählt

Geschäftsleute Händler Kleingewerbetreibende

Handwerker! Denkt einmal nach!

Liste 5

Es kann kein Vorwurf sein gegen die Angehörigen der städtischen Mittelschichten, daß sie in Kriegszeit, Revolutionstagen, Inflationsjahren und Stabilisierungskrisen politisch geschwankt haben. Millionen, die 1914 noch kaisertreu waren, stimmten 1919 sozialdemokratisch, gingen 1923 zu den Völkischen und stimmten Ende 1924 für die Deutschnationalen, um dann 1925 den Retter Hindenburg auf den Thron zu erheben.

Die städtischen gewerblichen Mittelschichten, einschließlich der Angestellten und der unteren Beamten, hatten das größte Ausmaß der Widersprüche der Inflation und der nachfolgenden wirtschaftlichen und steuerlichen Entwicklung durchgemacht. Millionen von ihnen wurden aus sogenannten geordneten Verhältnissen, die ihnen eine leidliche Existenz gaben, durch die großkapitalistische Gewirtpolitik heruntergehoben in die krasseste Not, in das tiefste, hoffnungsloseste Elend.

Bereit, sich an jede Hoffnung zu klammern, wurden diese Millionen unaufgeklärter werktätiger Männer und Frauen die Opfer einer gewissenlosen, betrügerischen Agitation. Die Regierungssozialisten versprachen ihnen nach dem Zusammenbruch der Monarchie den Sozialismus als eine bessere Weltordnung. Deutsche Demokraten und Regierungssozialisten versprachen ihnen Rettung in der sozialen Republik. Aber obwohl damals diese Parteien durch die Stimmen der städtischen Mittelschichten zur Mehrheit gelangten, wurde weder der neue Glaube an den Sozialismus erfüllt, noch die soziale Republik verwirklicht. Es kam im Gegenteil auf ihre Kosten, zum Zwecke ihrer Vernichtung und ihrer Vereindung die Inflation, es kam die Zeit der Kaffees und der Stinnes.

Nachdem im Oktober 1923 der Versuch der Kommunisten, die halbe Revolution zu machen und doch noch zum sozialistischen Aufbau zu kommen, durch den offenen Verrat der sozialdemokratischen Führer zum Scheitern gebracht wurde, kam entsprechend dem Schrei der Völkischen die Militärdiktatur, die Zeit der Ermächtigungsgesetze mit den grausamen Steuernotverordnungen, es kam der Dawes-Plan mit der ungeheuerlichen Milliardenverschuldung des deutschen Volkes an das Ausland, es kam die sogenannte Stabilisierung, durchgeführt durch eine deutsch-nationale Regierung.

Diese Regierung mit ihrem „Retter“ Hindenburg hatte durch die tollsten Versprechungen Millionen Wähler aus den schwankenden Mittelschichten hinter sich gebracht. Heute sollen sich diese Wähler und alle, die ihnen nahe stehen, gewissenhaft darüber Rechenschaft geben, ob auch nur eine der Versprechungen von 1924-25 gehalten wurde. — Jeder wird mit: Nein antworten müssen!

Es kam unter deutschnationaler Führung in der Hindenburgzeit der ungeheuerliche Milliardenbetrug an den Inflationsopfern, den man Aufwertung nannte.

Es kam der Milliardensteuerraubzug, der die Befähigten schamlos begünstigte und alle Vasten den Werkstätigen auferlegte.

Es kam der Zollwucher mit seinem Zolltarif von 945 Positionen, der alles Lebensnotwendige verteuert, die Hauptschuld an den dauernd steigenden Preisen der letzten Jahre trägt.

Es kam der schamlose Zinswucher des deutschen Großkapitals, genau so begünstigt durch den deutschnationalen Reichsfinanzminister von Schlöben, wie durch seinen demokratischen Nachfolger, den Herrn Dr. Reinhold.

Es kam die von der Stinnes-Stresemann-Partei und den Demokraten gewünschte „Reinigungskriege“, die Zehntausende von Mittelständlern zur Pleite trieb.

Es kam die Gewerbesteuererhöhung, die Erhöhung der Porto-, Telegramm- und Fernspreckgebühren, die Steigerung aller kommunalen Verkehrstarife, wobei Deutschnationale und Sozialdemokraten abwechselnd die Führung übernahmen.

Es kamen die wiederholten ungeheuerlichen Mietpreiserhöhungen und die Freigabe des Mietwuchers für Gewerberäume, was die stärkste Verteuerungsmaschine unseres Lebensunterhalts in den letzten Jahren bedeutete, wobei wiederum Deutschnationale und Sozialdemokraten, verbunden mit dem Zentrum, sich gegenseitig in die Hände arbeiteten.

Das ist eine Reihe der Enttäuschungen die alle Kleingewerbetreibenden und Werkstätigen durch den letzten Reichstag und Landtag beschert bekamen. Das sind die Ergebnisse der Bürgerblockpolitik im Reich, in Bayern und Württemberg, der Koalitionspolitik in Preußen und den anderen Ländern. Möchten die Parteien wechseln, möchten auf den Ministerjesseln Deutschnationale, Volksparteiler, Demokraten oder Sozialdemokraten sitzen, möchten sie noch so oft ihre Rollen vertauschen, immer blieb der Verrat, der Betrug an den Werkstätigen.

Und noch eins war immer da! Das ist die Zentrumspartei, die in dem ganzen Jahrzehnt der Ausplünderung und Enttäuschung bei allen Regierungen, bei allen Schandstreichen gegen die Werkstätigen stets die Hand mit im Spiele hatte, stets mit in der Fährnis lag.

Und die Wirtschaftspartei, die war auch immer dabei. Wenigstens solange sie existiert. Draußen im Lande begann sie als Oppositionsgruppe, die gegen sozialistische Experimente und großkapitalistische Ueberwucherung in Wirtschaft und Politik kämpfen wollte. Mit den sozialistischen Experimenten brachten sich die freien Wirtschaftsparteiler dank dem völligen Verzicht der Sozialdemokratie auf jede wirkliche sozialistische Forderung bekanntlich nicht zu befähigen. Mit der Keilensart vom Kampf gegen die sozialistischen Experimente und Kampf gegen den Purismus wollten die Führer der Wirtschaftspartei die werktätigen Mittelschichten in Wirklichkeit auch nur gegen die einen radikalen Sozialisten, die Kommunisten, mobil machen. Der Führer vom Teilen, das die Kommunisten angeblich durchsetzen wollen, von der Kommunistisierung der Frauen und von der angeblichen Abhüt der Bauern die letzte Kuh aus dem Stall zu holen, sowie das Kleingewerbe durch Sozialisierung zu vernichten,

all dieser Schwindel mußte für die Agitation der Wirtschaftsparteiler herhalten. Und was geschah dann?

Die Wirtschaftspartei unterstützte die erste großkapitalistische Bürgerblockregierung. Sie gehörte offen zur zweiten großkapitalistischen Regierung Marx-Reinhold-Stresemann. Auch die heutige Bürgerblockregierung zählt auf die Unterstützung der Wirtschaftspartei. Nie hat diese Partei einen Mißtrauensantrag gegen die großkapitalistische Bürgerblockregierung oder auch nur gegen einen ihrer Ausbeuter-Minister zugestimmt. Unter der Herrschaft dieser Bürgerblockpolitik wurde aber tatsächlich zahlreich Bauern die letzte Kuh aus dem Stalle geholt, wurde tatsächlich die Existenz von Hunderttausend kleiner Gewerbetreibender vernichtet, um die Trübs und Konzerne zu stärken. Tatsächlich wurde unter der Bürgerblock- und Koalitionsherrschaft bezarrt geteilt, daß die Belastung der werktätigen Bevölkerung insgesamt in Reich, Ländern und Gemeinden durch die Verbrauchs-, Verkehrs-, die Lohn- und Realsteuern fast 12 Milliarden Goldmark im Jahr beträgt, während die Befähigten — wie es Bürgerblockführer so oft zugeben — im ganzen nur 2½ Milliarden durch Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern aufzubringen haben. Tatsächlich wurden unter Führung der Wirtschaftspartei Zehntausende Gewerbetreibende durch die Zirkular-Verordnung und ähnliche Verordnungen anderer Länderregierungen aus ihren alten Werkstätten und Geschäftsräumen verjagt, nur um neue großkapitalistische Profitmöglichkeiten zu schaffen. Tatsächlich hat die Wirtschaftspartei, die gegen sozialistische Experimente ist und doch den Mittelstand angeblich retten wollte, die kommunalistischen Vorschläge auf billige Kredite für Kleingewerbetreibende mit der Bemerkung, daß denen „ja doch nicht zu helfen ist“, schroff abgelehnt, um dann ihren eigenen preußischen Antrag auf Kreditgabe nur für größere Betriebe durchzubrüden.

Wer half dem Kleingewerbe?

Die Kommunisten haben immer, ohne jede Rücksicht auf die Schwantungen in den städtischen Mittelschichten, die uns durchaus bekannt sind, die Interessen der werktätigen Kleingewerbetreibenden vorbehaltlos vertreten. Die Kommunisten sahen immer in den werktätigen Mittelschichten eine der Arbeiterklasse verwandte Bevölkerungsgruppe, die auch gewungen ist, sich durch ihrer eigenen Hände Arbeit ihren bescheidenen Unterhalt zu verdienen. Die Kommunisten wissen, daß diese werktätigen Schichten mit zu den Lastenträgern in der kapitalistischen Republik gehören, daß die Kleingewerbetreibenden oft in überlanger Arbeitszeit ein kümmerliches Dasein fristen.

Die statistische Feststellung, daß es in Deutschland über 2 Millionen selbständiger Existenzen gibt, die nur bis 1500 Mark Jahreseinkommen versteuern, gibt der Auffassung der KPD, über den vorwiegend proletarischen Charakter der werktätigen Mittelschichten und ihrer Angehörigen vollkommen recht. Es gibt weiterhin nur noch ¼ Millionen selbständiger Existenzen, die ein Einkommen von 1500—3000 Mark jährlich versteuern. Dann folgen 345 000 mit einem Einkommen von 3000—8000 Mark im Jahr, die man — abgesehen von einigen Intellektuellen — aber kaum noch in nennenswerter Weise zu der Werkstätigen rechnen kann. Für die unteren 3 Millionen der selbständigen Existenzen der werktätigen Mittelschichten mit einem Einkommen von unter 3000 Mark ist die kommunistische Partei immer wieder durch zahlreiche Anträge in Reichs- und Länderparlamenten eingetreten. Aus der

a. Inventar und Hauselgentum der in Not geratenen Kleingewerbetreibenden, insbesondere Verbot von Steuerpfändungen. Bei Unfähigkeit zur Zahlung von Hypothekenzinsen, Wechseln, Schulden, Pachtgeldern, Mietzins u. dergl. sind Zwangsvergleiche unter weitestgehender Berücksichtigung der verringerten Leistungsfähigkeit des Kleingewerbetreibenden herbeizuführen.

Strengste Bestrafung der verantwortlichen leitenden Beamten bei gekehrter Pfändung von Inventarstücken, die zum unveränderten Weiterführung des Gewerbetriebes notwendig sind.

Unterbindung der Preisdiktatur der Syndikate und Trusts durch die Kontrolle ihrer Preisbildung durch die Betriebs-



räte und Gewerkschaften unter Hinzuziehung von Vertretern des Kleingewerbes und der Konsumvereine.

Verbot des sogenannten Preischuges mit Handelsgarantien, Ausschließlichkeitsklauseln usw. Verbot von Konventionalskafen gegen Kleinhandwerker bei Durchbrechung von Preisbestimmungen der Fabrikanten, der Großhändler und ihrer Organisationen.

Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Kleingewerbetreibenden für die Zwecke des gemeinsamen Einkaufs und des gemeinsamen Widerstandes gegen die großkapitalistische Kredit- und Preisdiktatur. Unterstützung solcher Kleingewerblicher Genossenschaften durch staatliche Kredite.

Diese immer wieder von den kommunistischen Fraktionen im Ausschüssen und Vollsitungen der Parlamente gestellten Anträge zeugen von der eindringlichen Beschäftigung der kommunistischen Abgeordneten mit den Lebensinteressen des Kleingewerbes. Keine einzige der anderen Parteien hat auch nur entfernt in solch gründlicher spezialisierter Weise sich der Noie des Kleingewerbes angenommen. Alle Parteien haben bei einer Zusammenfassung dieser Forderungen als Gesamtantrag ausdrücklich dagegen gestimmt. Die KPD. blieb mit diesen Tagesforderungen der Kleingewerbetreibenden allein. Weder Deutschnationale, noch Wirtschaftler, noch SPD. wollten solche einschneidende Hilfsmasnahmen mitmachen. Besondere Einzelanträge der KPD. auf Kredite für Kleingewerbetreibende wurden in Preußen und im Reich abgelehnt. Sie wurden sowohl von Vertretern der Wirtschaftspartei, wie Dr. Klant, und von Vertretern der SPD., wie Mathilde Wurm, mit der Deutierung bekämpft, daß den kleinen Existenzen ja doch nicht zu helfen sei. Steuererleichterungsanträge der KPD. für das Kleingewerbe wurden sowohl für die Einkommensteuer wie für die Umsatzsteuer, als auch besonders für die Realsteuern, wiederholt gestellt, aber immer, sowohl in Preußen wie im Reich, in Bayern und Württemberg, haben die anderen Parteien es abgelehnt, die Steuerbefreiungsgrenze für Kleingewerbetreibende auf 3000 Mark zu erhöhen. Dabei standen wieder alle Parteien von den Deutschnationalen bis zur SPD., einschließlich der Wirtschaftspartei, gegen die Kommunisten. Das selbe erlebten wir, als wir für die Kleingewerbetreibenden ihre Ausnahme in die Sozialversicherung gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität vorschlugen, als wir die Zusammenfassung der verschiedenen privaten Versicherungen gegen Feuer, Einbruch und Unwetterkatastrophen durch Selbstverwaltungsgremien der selbständigen Mittelschichten beantragten. Wieder hand die KPD. mit diesen Anträgen auf soziale Hilfsmasnahmen für die Mittelschichten allein.

Demnach muß die KPD. den Kleingewerbetreibenden zurufen, daß es für sie im Kampf gegen das Großkapital und seine verschiedenen Regierungen keinen anderen ehrlicheren Verbündeten gibt als die Arbeiterklasse, als die kommunistische Partei.

Wer nicht für die großkapitalistischen und ihre Agenten stimmen will, wer sich nicht bewacht den Ausbeutern aus Meffer liefern will, der muß sich als unmittelbarer Kleingewerbetreibender in den Kampf der Werkstätigen einreihen, der muß sich an die Seite der Klassenbewussten Arbeiterklasse stellen, der wird im Wahlkampf bei seinen Kollegen und Angehörigen mit allem Eifer werben für die Lojung am 20. Mai:

Wählt Kommunisten! Wählt Liste 5!

Fülle dieser Anträge sei hier nur eine gedrängte Uebersicht wiedergegeben. Die Parlamentsfraktionen der KPD. haben beantragt:

Bereitstellung von öffentlichen Krediten für das Kleingewerbe. Daraus sollen Beträge bis zu 5000 Mark an den einzelnen Gewerbetreibenden zum niedrigsten Zinsfuß langfristige ausgeben werden.

Ablösung aller unter ungünstigen Bedingungen aufgenommenen Darlehen mit Hilfe öffentlicher Mittel zu niedrigstem Zinsfuß. Auszahlung solcher Darlehen zum vollen Nennwert. Wiedereinführung des gesetzlichen Schutzes gegen den Zinswucher.

Kontrolle der Verteilung der öffentlichen Kredite und Darlehen durch gewählte Kommissionen der Kleingewerbetreibenden. Freilassung des Kleingewerbes von amtlichen Gebühren bei Beschaffung von Unterlagen für Darlehen, bei Einholung von Auskünften, Einreichung von Beschwerden, Eintragungen und Löschungen im Grundbuch, sowie Beseitigung der Eintragungsgebühren.

Niederlegung aller Steuerrückstände und der gestundeten Steuerbeträge für das Kleingewerbe. Heranziehung der Kleingewerbetreibenden zu den Steuertaxation, Grundwertauschüssen und dergleichen.

Sofortiges Verbot aller Pfändungen und Zwangsvollstreckungen

Der proletarische Schriftsteller / Von Maxim Gorki

Rachend eine Antwort Maxim Gorki an den literarischen Zirkel der jiddischen Schule der Stadt Bessarab (Republik der Sowjet-Union). Gorki wurde von dem Zirkel befragt, ob er ein proletarischer Schriftsteller sei oder nicht. Die Redaktion.

Mich persönlich interessieren die Streitigkeiten darüber, ob ich ein „proletarischer“ oder nichtproletarischer Schriftsteller bin, nicht. In den zahlreichen Begrüßungen, die ich von den Arbeitern aus allen Teilen der Sowjetunion erhalte, nennen mich die Arbeiter einmütig „unseren“, „proletarischen“ und „Genossen“. Ich achte selbstverständlich die Stimme der Arbeiter mehr als die der Kritiker. Ich bin sehr stolz darauf, daß die Arbeiter mich als den ihrigen, als ihren „Genossen“ ansehen: das ist mein innigster Stolz und eine große Ehre für mich.

Die Benennung „proletarisch“ entspricht jedoch, meiner Meinung nach, nicht mehr ganz der wirklichen Lage der wirklichen Massen der Sowjetunion. „Proletarisch“ heißt, wie ihr wißt, jene Klasse, deren Mitglieder allein aus ihrem Arbeitslohn leben und keine anderen Mittel für ihren Lebensunterhalt besitzen. Ist aber diese Benennung für die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion, für die Masse, die in unserem Lande die proletarische Macht in die eigenen Hände nahm und allmählich der gesamten Wirtschaft des Landes Herr wird, alle Schätze des Landes in Besitz nimmt, anwendbar? Diese Frage müßt ihr selber entscheiden.

Ihr fragt mich: „Welches sind die Kennzeichen eines wirklich proletarischen Schriftstellers?“ Ich glaube, daß es nicht viele solche Kennzeichen gibt. Zu diesen gehört der aktive Haß des Schriftstellers gegen alles, was den Menschen von außen, und auch gegen alles, was ihn innerlich bedrückt, gegen alles, was die freie Entwicklung und das Wachstum der menschlichen Fähigkeiten behindert, unerbittlicher Haß gegen alle Faulheit, alles Parasitentum, jede Trivialität, gegen Schleicher und Laugenichtse aller Art.

Der proletarische Schriftsteller achtet den Menschen als die Quelle schöpferischer Energien, den Schöpfer aller Dinge, aller Wunder auf Erden, den Kämpfer gegen die elementaren Kräfte der Natur, den Schöpfer einer neuen „zweiten“ Natur, die durch menschliche Arbeit, durch Wissenschaft und Technik entstehen kann, damit der Mensch von der unnützen Vergewaltigung seiner physischen Kräfte befreit wird, von der dummen, zynischen Kräftevergeudung, die im Klassenstaat unvermeidlich ist.

Der proletarische Schriftsteller beschreibt in dichterischer Form die kollektive Arbeit, deren Ziel die Schaffung neuer Lebensformen ist, solcher Lebensformen, die die Macht von Menschen über Menschen und die sinnlose Ausbeutung der menschlichen Kräfte vollständig ausschließen.

Er schätzt die Frau nicht nur als ein Objekt körperlichen Genusses, sondern als treue Genossin in schweren Lebenslagen. In den Kindern erkennt der proletarische Schriftsteller Menschen, denen gegenüber wir alle für all das verantwortlich sind, was wir tun.

Er ist bestrebt, die Aktivität des Lesers zu fördern, ihm Glauben an die eigene Kraft einzuschößen, den Glauben daran, daß er imstande ist, in sich und außerhalb seines Ich, alles zu besiegen, was die Menschen daran hindert, den großen Sinn des Lebens, die ungeheure Bedeutung der Arbeit und die Freude an ihr, zu verstehen und zu fühlen.

Das ist in Kürze meine Auffassung vom Schriftsteller, den die Welt der Werktätigen braucht.

Ihr wißt, daß in den Arbeitern der Wille zur Macht erwacht, daß dieser Prozeß des Erwachens sich auf der ganzen Erde entfaltet, nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Afrika.

Und ihr, die Vorhut der Arbeiterklasse der Sowjetunion, müßt wissen, daß ihr für die Arbeiter der ganzen Welt Vorbild und Vorbild seid, daß die Augen vieler Millionen auf euch gerichtet sind, daß viele Millionen euch hören.

Euch, Arbeiterjugend, hat die Geschichte eine schwere Aufgabe anvertraut. Ihr sollt die Verfünder einer neuen Einstellung zum Menschen sein, die Lehner des Aufbaus eines neuen Lebens. Diese Aufgabe verpflichtet euch zum Lernen, vor allem zum Lernen. Je mehr der Mensch weiß, um so stärker ist er, — das ist unbestreitbar. Und wenn der Mensch weiß, wie groß und erhaben das Ziel ist, das er sich selber gestellt hat, ist er noch stärker.

Dann gibt es für ihn die abgemachten „Kleinigkeiten des Lebens“ nicht mehr, noch den alten Kram, den Schmutz und den „Staub der Jahrhunderte“, alles das, was die verächtliche Psychologie des „Kleinbürgers“, des „Spießers“, ausmacht, ist für ihn nicht da, kann den Schriftsteller nicht anlocken. Er, der Schriftsteller, braucht sich nicht der gütigen „Verdinglichung“ unterwerfen, sondern er kämpft hartnäckig dagegen; er braucht

nicht zu klagen und zu jammern, daß ihn die „Kleinigkeiten des Lebens“ beengen, ihn stören; er muß wissen, daß die Uebel dieses Lebens alle stören und daß sie mit Klagen nicht beseitigt werden können. Nur der mutige Kampf, nur hartnäckige und freudige Arbeit wird alle Uebel unseres Lebens beseitigen.

Der Schriftsteller muß fest davon überzeugt sein, daß der Mensch von Natur kein „Laugenichtse“ ist, sondern ein Wesen, das von der vergewaltigenden Organisation des Klassenstaates verdorben wurde; zu einem Menschen wurde, der nicht existieren kann, ohne andere zu unterdrücken, in ihnen Habgier, Bössartigkeit, Faulheit, Neid zu erwecken, ohne die Menschen zu einer nicht gewollten und teilweise sinnlosen Arbeit zu zwingen, ohne in den Menschen das Bestreben nach schlechtem Gewinn, nach billigen Vergnügungen wachzurufen, sie zu Ausschweifungen, Trunksucht und allerlei Laster zu verleiten.

Ihr, die Jugend, müßt wissen und daran denken, daß es Menschen gibt, für die es nützlich und notwendig ist, zu behaupten, daß die „Lasterhaftigkeit“ eine, wie sie sagen, dem Menschen „angeborene“ Eigenschaft sei, daß sie in den tierischen, wilden Instinkten des Menschen wurzelt, daß sie vom Teufel dem Menschen eingebläht wurde und wird, daß alle menschlichen Handlungen „ein Ausdruck des ewigen Kampfes zwischen Gott und Teufel“ seien, um den Besitz der menschlichen Seele.

Im Grunde genommen will diese Behauptung den Willen des Menschen zu einem besseren Leben einschränken und töten, seinen Willen zur freien Arbeit und schöpferischen Tätigkeit. Sie will ihn als Sklaven des Klassenstaates und der Klassengesellschaft erhalten, sie sieht im Menschen nur das Material, den Rohstoff, aus welchem Weile, Ketten, Bajonette, Bügel-eisen, im allgemeinen Waffen und Werkzeuge gemacht werden können.

Die Verkünder dieser Lehre sind selbst „Laugenichtse“,

Leute, die zu einem ehrlichen, verdienstvollen Leben nicht taugen, Leute, die sich das Leben in anderen Formen als den für die werktätige Bevölkerung zuträglich-erniedrigenden gar nicht vorstellen können und wollen. Die Lehre vom „angeborenen“ oder vom Teufel eingegebenen bösen Instinkt des Menschen wird sehr leicht durch die Tatsache widerlegt, daß die sogenannten „wilden“ Negerskämme von Afrika, oder unsere sibirischen Stämme: die Jakuten, Burjaten, Tungusen, im Grunde genommen sehr gute Menschen sind, wie dies von der wissenschaftlichen Ethnographie bezeugt wird.

Die beste der bis jetzt von den überzeugten oder schlauen Propheten ausgedachten Theorien ist die „Evolutionstheorie“, der langsamen allmählichen Entwicklung der Formen des öffentlichen und Staatslebens.

Aber Überzeugung und Schlaubeit bleibt sich gleich. Ihr wißt schon, daß die „Evolution“ der kapitalistischen Gesellschaft zu einem vierjährigen blutigen Gemetzel geführt hat, daß viele der gesunden Menschen vernichtet hat, daß in diesem Gemetzel die Sozialisten, die an die rettende „Evolution“ glaubten, hineinbezogen wurden, daß durch diesen Krieg das „zivilisierte“ Europa unglücklich verwilderte, sich die Zahl der Spitzbuben, die aus dem Blute Nutzen zogen, ungeheuer vermehrte, — daß diese „Evolution“ mit einem neuen noch schrecklicheren Gemetzel droht.

Und ihr wißt, daß der Plan zur allgemeinen Abrüstung, den die Sowjetunion vorgeschlagen hat, von jenen Kulturmenschen abgelehnt wurde, die an die rettende Evolutionstheorie glauben.

Ihr müßt beargwöhnen und stets daran denken, daß diese schändliche Feigheit des Völkerbundes nichts anderes als der endgültige Bankrott der europäischen Kultur und der kapitalistischen Klassengesellschaft ist, die ihr echtes, menschenfeindliches Wesen offenbart hat.

Und wenn ihr ehrliche Menschen sein wollt, müßt ihr Revolutionäre sein.

Berspiefung des Sozialismus

Hendrik de Man in der Freien Sozialistischen Hochschule

Die freie Sozialistische Hochschule rückte in diesem Jahr völlig nach rechts. Es waren fast ausschließlich „rechte und rechte“ Theoretiker, die in diesem Wintersemester zu Worte kamen. Die Krönung und den Abschluß dieses Halbjahrs brachte der Vortrag Hendrik de Mans über „Die Kulturmission des Sozialismus“.

Hendrik de Man, vor dem Kriege ein linksradikaler Marxist, war während des Krieges ein begeisterter Chauvinist und Fliegeroffizier. Nach dem Kriege fühlte er das Bedürfnis, seinen Abfall vom Marxismus „theoretisch“ zu erklären. Aus diesem Bedürfnis heraus entstanden seine Bücher „Zur Psychologie des Sozialismus“ und „Die Kulturmission des Sozialismus“, die auch in der sozialdemokratischen Welt großes Aufsehen erregt haben. De Man sagt sich hier in jeder Form vom Marxismus los und kehrt reumütig in die Arme eines religiös-jittlichen Liberalismus zurück. Das er diese „Weltanschauung“ noch immer Sozialismus nennt, ist die erste Demagogie dieses routinisierten Demagogen. Er hat — besonders bei der sozialdemokratischen Jugend — Anhänger erworben, weil er den Schlüssel zum Ausweg aus der Berspiefung der Arbeiterbewegung! Und dabei gibt es kaum ein besseres Prachtexemplar eines sozialdemokratischen Spießers als den belgischen Renegaten.

Sein Vortrag im Herrenhaus war eine äußerst vorsichtige, behutsame Rede. Er wollte bei seinen „marxistischen“ Parteigenossen nicht zu sehr ansetzen. Darum drehte und wand er sich, daß es für den nicht eingeweihten Hörer schwer war, des Pudels Kern zu erfassen. Aber er hat doch eindeutig sein Programm entwickelt, denn er kann kaum einen Satz sagen, aus dem nicht der idealistisch-religiöse Pferdeschweif hervorguckt.

De Man versichert, daß es nicht genüge, der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterbewegung eine Kulturbewegung anzuschließen. Die Kulturbewegung müsse in den Vordergrund treten. Es müsse die Freizeit des Arbeiters organisiert werden. Die Arbeiterklasse müsse, da es ihr heute wirtschaftlich relativ gut gehe, vom Klassenkampf ablassen. Der Klassenkampf habe doch nur Macht- und Interessen-motive, aber er könne keine eigene Kultur schaffen. Und nach de Man kommt alles darauf an, daß sich die Arbeiterklasse bilde, daß sie kultiviert werde. Und all das innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung!

Kommen wir aber zum Kern des Problems. Was ist

Sozialismus? De Man gab eine Definition: „Sozialismus ist das Bestreben der Menschen, ihr soziales Schicksal selbst zu bestimmen“.

Diese Definition ist eindeutig. Sie ist der vollkommene Verzicht auf die Erkenntnis des Charakters des Kapitalismus und des Sozialismus. De Man leugnet die Existenz und die geschichtliche Bedeutung der Klassen. Er leugnet, daß die Befreiung der Arbeiterklasse — und damit die gesamte Weiterentwicklung der Gesellschaft — nur in der Austragung des Klassengegensatzes und in der Beseitigung der Lohnarbeit möglich ist. Vergessen ist der Ausspruch Engels, daß der revolutionäre Sozialismus „die Lehre von den Bedingungen der Befreiung der Arbeiterklasse“ ist.

De Man hat den Marxismus über Bord geworfen. Nun muß er eine „wissenschaftliche“ Ergänzung der neuen belgischen Heilslehre finden. Und das fällt de Man nicht schwer. Er kehrt zu Kant zurück, — sucht sich all das, was Hegel längst widerlegt hat, fein säuberlich heraus und macht daraus seine „Zwecklehre“. Das Proletariat muß einen Zweck (einen sittlichen Imperativ!) haben, der über den Kapitalismus hinausführt. Und dieser Zweck ist für de Man: Der Glaube an das „Gute, an Ethik, Freiheit und Entwicklung der Persönlichkeit“. Diese Ideen läßt de Man wieder auferstehen, nachdem sie für die gesamte sozialistische Welt radikal unmöglich geworden waren. Das stört de Man nicht. Er läßt sich unbestimmt wieder in den utopisch-„philosophischen“ Sozialismus zurückfallen, den Marx im kommunistischen Manifest bereits maulotet geschlagen hat. (Man lese im Manifest nur das Kapitel: „Der deutsche oder der „wahre“ Sozialismus!“)

De Man hat — in seiner von keiner Kenntnis der Wirklichkeit beschwerten Theorie — die Klassen abgeschafft. Das mit hat er natürlich auch die größte geschichtliche Macht der Gegenwart, das Proletariat, „abgeschafft“. Er sucht sich darum neue Potenzen, die dem Sozialismus zum Siege verhelfen. Es sind die „anständigen“ Menschen. Wörtlich erklärt unser „Sozialist“: „Es ist die Pflicht jedes Kulturmenschen, jedes anständigen Menschen, für den Sozialismus zu kämpfen“.

Welch ein Bild: Die deutschen Junker, Kapitalisten — wer wollte bestreiten, daß es unter ihnen auch menschlich anständige Kerle gibt? — kämpfen Schulter an Schulter mit dem Proletariat für den Sozialismus!

Jeder Junke historischer Kenntnis protestiert gegen diese Theorie. De Man weiß nicht mehr, welche Mission die Bourgeoisie hat. Er weiß ebensowenig, welche Kulturmission das Proletariat hat.

Die Bourgeoisie hat ihre Kulturmission erfüllt. Sie hat den Feudalismus geschlagen, hat den Erdball dem Kapitalismus dienstbar gemacht und hat — wider Willen freilich — geholfen, das Proletariat auf der historischen Bühne erscheinen zu lassen. Diese Aufgaben waren große und gewaltige — und waren geschichtlich notwendig. Heute aber hat die Bourgeoisie keine geschichtliche Aufgabe mehr zu erfüllen. Sie ist darum einfach reaktionär geworden. Und auch jeder „menschlich anständige Bürger“ muß (wenn er nicht direkt zum Proletariat übergeht) — seiner Klassenlage nach — Bürger, und deshalb Reaktionär und Feind des Proletariats und des Sozialismus sein.

Die Bourgeoisie schafft, indem sie ihre eigene Herrschaft aufrecht, zur gleichen Zeit ihren Antipoden: das Proletariat. Die Kulturmission des Proletariats ist die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ist die Abschaffung der Unterdrückung der Menschen durch Menschen. Es erreicht dies, indem es seine eigenen Ketten zerbricht und das Privateigentum an Produktionsmitteln abschafft. Damit eröffnet das Proletariat erst eigentlich die Geschichte der Menschheit. Der Sprung von der Notwendigkeit zur Freiheit ist die ungeheure Kulturmission des Proletariats.

Davon freilich ist bei dem Kleinbürger de Man nichts hören. S. Löwen.

Wiederbelebung von Toten

Soeben ist der in Berlin tagende 52. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie beendet worden. Die wichtigsten Themen, die verhandelt wurden, waren die chirurgische Behandlung der Lungenembolie und der Hirnhautentzündung. Beide zeigten mit absoluter Klarheit, daß das chirurgische Spezialfach in der Medizin sich vom rein handwerksmäßigen (Schädel, Wundarzt) zum streng wissenschaftlichen entwickelt hat, wie dies bei den anderen Disziplinen (Anzriarten) der Heilkunde schon längst der Fall ist.

Zur Frage der Lungenembolie referierte Professor Meyer vom Reichs-Krankenhaus. Bei dieser Erkrankung werden durch krankhafte Bildung von festen Blutgerinnseln, die als Pfropfe mit dem Blutkreislauf verstopft werden, wichtige Blutgefäße verstopft und der Kranke geht an Erstickung infolge Sauerstoffmangels zugrunde. Meyer und andere Chirurgen haben nun die bisher besteheude unzulängliche Operationsmethode verbessert, und es ist ihnen tatsächlich gelungen, mehrere Patienten vom Tode zu erretten. Die Operation ist deshalb so schwierig, weil es nötig ist, das Herz und die vom Herzen abgehenden Blutgefäße freizulegen und diejenige Ader aufzuschneiden, in der der Blutpfropf festgeklemmt ist. Wenn nicht ganz schnell eingegriffen wird, wenn nicht sofort nach Entfernung des Ge-

fäß wieder glatt vernäht wird, so geht der Patient, der ja schon sowieso dem Tode geweiht ist, unweigerlich zugrunde. Der Ausbau dieser Operation bedeutet einen tiefenhaften Fortschritt in der Chirurgie. Ist sie doch eine Operation an praktisch schon Toten, die wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Auch die Behandlung der Hirnhautentzündung hat durch Ausbau der operativen Methode bedeutend bessere Resultate gezeitigt. Während die bisherige Methode: Eisbeutel, Ruhe, Herzmittel, keine besonders günstigen Aussichten für den Kranken bot, gelingt es durch Operation der Rückenmarkes oder des Gehirnes direkt, die Kräfte zum Abheilen zu bringen. Da bei einer solchen Operation durch Abfluß von Gehirnflüssigkeit, in der sich die Krankheitserreger mit Vorliebe aufhalten, der Druck beseitigt wird, so hören schon dadurch alle den Kranken so stark belästigenden Symptome: Kopfschmerz, Sehschwäche, Delirien, auf. Operationen am Gehirn waren vor 50 Jahren noch völlig unbenutzbar, sind heute schon möglich und von Erfolg begleitet, werden in weiteren 50 Jahren ein verhältnismäßig gefährlicher Eingriff sein. Die Chirurgie hat sich in einem so kurzen Zeitraum von der Technik zur Wissenschaft entwickelt.

W. S.